

26. Sitzung
am Dienstag, dem 26. Mai 2009

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	1032
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	1032

Fragestunde

- 1. Finanzielle Absicherung des Teilsondervermögens Veranstaltungsflächen (TSVV) im Falle außerplanmäßiger Aufwendungen**
Anfrage der Abgeordneten Dr. Schrörs, Frau Winther, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 30. April 2009 1033
- 2. Besetzung der Ortsamtsleiterstelle in Burglesum**
Anfrage der Abgeordneten Pflugradt, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 30. April 2009 1034
- 3. Ausbildungsplatzsituation in Bremen**
Anfrage der Abgeordneten Frau Nitz, Frau Troedel und Fraktion DIE LINKE vom 14. Mai 2009..... 1035
- 4. Heizkostenpauschale für Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld**
Anfrage der Abgeordneten Frau Cakici, Frau Troedel und Fraktion DIE LINKE vom 19. Mai 2009..... 1037
- 5. Präventionsräte**
Anfrage der Abgeordneten Frau Nitz, Frau Troedel und Fraktion DIE LINKE vom 19. Mai 2009 1038
- 6. Umsetzung „STÄRKEN vor Ort“ in Bremen**
Anfrage der Abgeordneten Frau Nitz, Frau Troedel und Fraktion DIE LINKE vom 19. Mai 2009 1039

Aktuelle Stunde 1040

Ortsgesetz zur Änderung der Gebührenordnung für die stadteigenen Friedhöfe in Bremen

Mitteilung des Senats vom 12. Mai 2009

(Drucksache 17/323 S) 1040

Förderprogramm für Investitionen in nationale UNESCO-Welterbestätten

Mitteilung des Senats vom 12. Mai 2009

(Drucksache 17/324 S)

Abg. Senkal (SPD) 1040

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) 1041

Abg. Kau (CDU) 1042

Abg. Dr. Buhlert (FDP) 1042

Staatsrat Schulte 1043

Abstimmung 1043

Bebauungsplan 2363

für ein Gebiet in Bremen-Sebaldsbrück

an der Sebaldsbrücker Heerstraße zwischen Esmarchstraße und

Semmelweisstraße

Mitteilung des Senats vom 12. Mai 2009

(Drucksache 17/325 S) 1044

Regionale, umweltbewusste und gesunde Ernährung fördern

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 13. Mai 2009

(Drucksache 17/326 S)

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) 1044

Abg. Dennhardt (SPD) 1045

Abg. Dr. Möllenstädt (FDP) 1045

Abg. Frau Cakici (DIE LINKE) 1046

Abg. Imhoff (CDU) 1047

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) 1048

Staatsrat Dr. Heseler 1049

Abstimmung 1050

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 22

vom 19. Mai 2009

(Drucksache 17/328 S) 1050

Wahl eines Mitglieds des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses 1050

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Bau und Verkehr 1050

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Umwelt und Energie 1051

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Wirtschaft und Häfen 1051

Schulschwänzer auch in Bremen stärker kontrollieren

Antrag der Fraktion der CDU
 vom 20. Mai 2009
 (Drucksache 17/329 S)

Abg. Rohmeyer (CDU) 1051

Abg. Güngör (SPD) 1052

Abg. Fecker (Bündnis 90/Die Grünen) 1053

Abg. Beilken (DIE LINKE) 1054

Abg. Dr. Buhlert (FDP) 1054

Abg. Rohmeyer (CDU) 1055

Senatorin Jürgens-Pieper 1056

Abstimmung 1057

Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 26. Mai 2009

(Drucksache 17/333 S) 1058

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Erlanson, Frau Möbius, Rupp, Frau Stahmann.

Präsident Weber**Vizepräsidentin Dr. Mathes**
Vizepräsident Ravens**Schriftführerin Cakici**
Schriftführerin Marken

Senatorin für Arbeit, Gesundheit, Jugend und Soziales **Rosenkötter** (SPD)

Senatorin für Bildung und Wissenschaft **Jürgens-Pieper** (SPD)

Staatsrat **Schulte** (Senatskanzlei)

Staatsrätin **Buse** (Senator für Inneres und Sport)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Othmer** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Die 26. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

(Beifall)

Gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen, Mitteilung des Senats vom 26. Mai 2009, Drucksache 17/333 S.

Da der Senat um dringliche Behandlung gebeten hat und die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen dies als Antrag übernommen haben, lasse ich jetzt über die dringliche Behandlung abstimmen.

Wer einer dringlichen Behandlung der Mitteilung des Senats zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diese Mitteilung des Senats am Schluss der Tagesordnung aufzurufen.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Perspektiven der Grünversorgung und des Eigenbetriebs Stadtgrün
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. Mai 2009
(Drucksache 17/327 S)
2. Neuausrichtung der Stadtentwicklungspolitik - Neues Leitbild der Stadtentwicklung -
Mitteilung des Senats vom 26. Mai 2009
(Drucksache 17/330 S)

3. Bebauungsplan 2389
für ein Gebiet in Bremen-Woltmershausen zwischen Pestruper Weg, Im Langen Brink, Visbeker Straße und Neuer Schutzdeich
Mitteilung des Senats vom 26. Mai 2009
(Drucksache 17/331 S)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der Juni-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Volksfeststandort Bürgerweide
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 4. Mai 2009
2. Situation von Botanika und Rhododendronpark
Kleine Anfrage der Fraktion der FDP
vom 7. Mai 2009

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes 3, Vormundschaften für Kinder und Jugendliche in der Stadtgemeinde Bremen, des Tagesordnungspunktes 4, Perspektiven des Bauens und Wohnens in Bremen, des Tagesordnungspunktes 5, Sanierungsstau und unzureichende Baustellenkoordination im Bremischen Straßenwesen, und zur Vereinbarung von Redezeiten bei zwei Tagesordnungspunkten.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich noch der Abgeordneten Frau Ursula Arnold-Cramer zu ihrem heutigen Geburtstag im Namen des Hauses alles erdenklich Gute wünschen.

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen sechs frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Finanzielle Absicherung des Teilsondervermögens Veranstaltungsflächen (TSVV) im Falle außerplanmäßiger Aufwendungen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. Schrörs, Frau Winther, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Dr. Schrörs!

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Mittel stehen zur Unterhaltung des Teilsondervermögens Veranstaltungsflächen, TSVV, zur Verfügung?

Zweitens: Welche finanziellen Reserven stehen für den Fall außerplanmäßiger Aufwendungen für den Bürgerweidenkomplex mit den Hallen 1 bis 7 und das Congress Centrum Bremen, CCB, bereit?

Drittens: Welche Ausweitungen von Geschäftsaktivitäten für den Bürgerweidenkomplex und das CCB hält der Senat mit der gegenwärtigen und geplanten Ausstattung für möglich?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Nach derzeitigem Stand der Aufstellung der Haushalte 2010/2011 und unter Berücksichtigung der eigenen Einnahmen stehen im Rahmen des Wirtschaftsplanes des Teilsondervermögens Veranstaltungsflächen für die Jahre 2010 und 2011 für Bauunterhaltung insgesamt Mittel in Höhe von 1,479 Millionen Euro beziehungsweise 1,495 Millionen Euro zur Verfügung. Hinzu kommen Mittel für Reinvestitionen in Höhe von 1,723 Millionen Euro für 2010 beziehungsweise 2,426 Millionen Euro für 2011.

Für das Jahr 2009 wird durch den Senator für Wirtschaft und Häfen derzeit die Möglichkeit geprüft, im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung über den genehmigten Wirtschaftsplan hinaus weitere Mittel in einer Größenordnung von rund 0,5 Millionen Euro für investive Maßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Zu Frage 2: Das TSVV verfügt über keine Reserven. Außerplanmäßige Aufwendungen können nur durch Verschiebung anderer Maßnahmen, die im Wirtschaftsplan des Sondervermögens berücksichtigt sind, finanziert werden.

Zu Frage 3: Die derzeit und für die Jahre 2010 und 2011 zur Verfügung stehenden Zuführungen aus dem Haushalt und die eigenen Einnahmen des TSVV decken die zur Bestandserhaltung und Aufrechterhaltung des Betriebs notwendigen Maßnahmen ab. Hiermit kann nach derzeitigem Kenntnisstand eine Nutzung der Immobilien im bisherigen Maße gewährleistet werden. Eine darüber hinausgehende Ausweitung der Geschäftsaktivitäten des TSVV für den Bürgerweidenkomplex und das CCB ist derzeit nicht geplant. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Dr. Schrörs, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): In der Sitzung der Deputation vom 25. März hat der Senat Folgendes erklärt, drei Sätze zitiere ich, und daran schließe ich eine Frage an: „Die für die Jahre 2010 und 2011 zur Verfügung stehenden Zuführungen der Freien Hansestadt Bremen decken aktuell nicht den tatsächlichen Unterhaltungsbedarf der Immobilien. Es werden daher nur die für Bestandserhaltung und Aufrechterhaltung des Betriebs notwendigen Maßnahmen durchführbar sein. Unvorhergesehene Ereignisse und außerplanmäßige Aufwendungen können voraussichtlich nicht oder nur bedingt kompensiert werden und werden damit unmittelbar zu operativen Verlusten des TSVV führen.“ Frage: Wie gedenkt der Senat den tatsächlichen Unterhaltungsbedarf abzudecken?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Vielen Dank, Herr Dr. Schrörs, für die Nachfrage! Sie zitieren ja unsere eigenen Aussagen, und das ist auch Gegenstand Ihrer Frage. Das Teilsondervermögen Veranstaltungsflächen ist sehr knapp ausgestattet, das ist im Rahmen der Finanzplanung derzeit auch nicht anders möglich. Wir sind in der Lage, den voraussichtlichen Ersatzbedarf zu erfüllen, wir haben aber auch das Problem genannt, dass wir möglicherweise auf einen Sanierungsstau hinsteuern. Dies werden wir in künftigen Jahren zu berücksichtigen haben. Ich kann nur dazu etwas sagen, was den Haushalt 2010 und 2011 angeht: Was voraussichtlich an Maßnahmen notwendig ist, werden wir machen können. Wir müssen sehen, wie wir in zukünftigen Jahren dann auch mehr Mittel für Reinvestitionen ausgeben können.

Ich muss allerdings auch ganz deutlich sagen, dass nach unseren Erkenntnissen damit natürlich für die Jahre 2009 und auch 2010/2011 die Beispielung aller Veranstaltungsflächen sichergestellt ist. Sollte es nicht zu erwartende größere Reparaturen geben, die wir jetzt nicht überschauen, wird man neue Prioritäten innerhalb des Sonderver-

mögens setzen müssen, das ist ziemlich klar. Wir können aber derzeit nicht anders planen, das ist nun einmal der knappen Haushaltslage geschuldet.

Präsident Weber: Herr Dr. Schrörs, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Sie haben in Ihrer Antwort nur etwas zu den außerplanmäßigen Aufwendungen gesagt. Sie haben aber nichts - im Gegensatz zu Ihren Ausführungen in der Deputation - zu unvorhergesehenen Aufwendungen gesagt. Wie wollen Sie denn diesen Teil abdecken, falls so etwas passiert? Wir reden ja nicht nur über eine Bratwurstbude, sondern wir reden immerhin über ein ziemlich großes Objekt.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Wir reden über ein ziemlich großes Objekt, das auch sehr gut bewirtschaftet wird. Wenn es unvorhergesehene Aufwendungen gibt, werden wir diese über das Teilsondervermögen abdecken müssen. Die Situation ist ganz einfach so im Haushalt, das wissen Sie ja, dass das nur geht, indem wir dann andere Maßnahmen zurückstellen. Diese Spielräume sind im Rahmen eines solchen Sondervermögens gegeben. Es heißt natürlich, dass wir andere, eigentlich genauso notwendige Projekte zurückstellen müssen. Das können wir aber jetzt nicht theoretisch entscheiden, sondern das können wir nur dann entscheiden, wenn der Fall eintritt. Wir werden jedenfalls alles daran setzen, dass die Bespielung der Bürgerweiden-Hallen 1 bis 7 und des AWD-Domes auch gewährleistet wird.

Präsident Weber: Herr Kollege Dr. Schrörs, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Eine letzte Frage! Sie sagen in Ihrer Antwort, es geht über die Ausweitung der Geschäftsaktivitäten des TSVV hinaus. Das war nicht die Frage! Die Frage war nach Aktivitäten insgesamt an der Stelle, denn das TSVV hat ja keine Aktivitäten. Das würde ja einen Neubau bedeuten. Hier geht es darum: Sind Sie in der Lage, die Aktivitäten, die Sie im Moment unternehmen, und vor allen Dingen auch diejenigen, die Sie planen - denn ich gehe davon aus, dass Sie weitere Veranstaltungen planen -, mit den Möglichkeiten, die Sie haben, überhaupt noch zu machen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Veranstaltungen planen nicht wir, sondern die HVG, dafür haben wir die Gesellschaften extra gegründet. Wir sichern zu,

dass die Infrastruktur so ist, dass diese Hallen auch bespielt werden können. Diese Gefahr sehe ich jedenfalls für die Jahre 2009, 2010 und 2011 nicht. Ich habe dazu gesagt, dass wir in kommenden Haushalten sicher überlegen müssen, wie bestimmte Ersatzinvestitionen finanziert werden können, aber das ist in den Jahren 2010/2011 in dem Maße nicht möglich. Beispielbar sind die Hallen in den nächsten Jahren allemal!

Präsident Weber: Herr Staatsrat, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Besetzung der Ortsamtsleiterstelle in Burglesum**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Pflugradt, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Pflugradt!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie ist der Sachstand hinsichtlich der Besetzung der Stelle des Ortsamtsleiters in Burglesum?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Schulte.

Staatsrat Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die Senatskanzlei Bremen hat gegenüber den Verfahrensbeteiligten und dem Verwaltungsgericht den Abbruch dieses Stellenbesetzungsverfahrens erklärt. Der ursprünglich für die Besetzung vorgesehene Bewerber hat nach seiner Berufung zum Leiter des Ortsamtes Vegesack seine Bewerbung zurückgezogen und stand für die Besetzung der Ortsamtsleiterstelle in Burglesum nicht mehr zur Verfügung. Aus den verbliebenen Bewerbungen konnte unter Berücksichtigung des Anforderungsprofils und des weiteren Auswahlverfahrens keine weitere Auswahl getroffen werden.

Dabei hat der Beirat Burglesum in einem einstimmigen Beschluss vom 25. August 2008 festgestellt, dass für die Ortsamtsleiterstelle in Burglesum keiner der noch vorhandenen Kandidaten und Kandidatinnen dem Senat zur Ernennung vorgeschlagen wird. Somit fehlt der für eine Ernennung zum Ortsamtsleiter gemäß Paragraph 36 Absatz 2 Bremisches Beirätegesetz vorausgesetzte Vorschlag des zuständigen Beirats. Der Abbruch des Verfahrens hat das Ziel, eine erneute zeitnahe Ausschreibung zu ermöglichen. Der Zeitpunkt der Ausschreibung wird auch davon ab-

hängen, wie das Verwaltungsgericht nunmehr mit den anhängigen Eilanträgen beziehungsweise Klagen in dieser Sache umgeht.

Die Stelle des Ortsamtsleiters oder der Ortsamtsleiterin ist seit dem 1. Oktober 2008 kommissarisch besetzt. Die Arbeitsfähigkeit des Ortsamtes Burglesum ist dadurch gesichert. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Pflugradt, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Haben Sie Kenntnis darüber, wann das Verwaltungsgericht über die Eilanträge entscheiden wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Schulte: Nicht in dem Sinne, dass uns ein exakter Termin bekannt ist! Wir wissen aber, dass das Verwaltungsgericht die beiden verbliebenen Bewerber zur Stellungnahme aufgefordert hat. Diese haben ihrerseits auch eine Stellungnahme abgegeben, sodass sich das Verwaltungsgericht jetzt mit diesen Stellungnahmen auseinandersetzen könnte und müsste. Wir können aber keine weiteren Prognosen abgeben, zu welchem Zeitpunkt das erfolgen wird.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen, Herr Staatsrat, liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Ausbildungsplatzsituation in Bremen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Nitz, Frau Troedel und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Kollegin Nitz!

Abg. Frau **Nitz** (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie hoch ist der Anteil der Jugendlichen, die in Bremen einen Ausbildungsplatz suchen und keinen bekommen?

Zweitens: Für wie aussagekräftig beurteilt der Senat das statistische Verhältnis zwischen angebotenen Lehrstellen und offiziell als Bewerber und Bewerberinnen geführten Jugendlichen in Bremen?

Drittens: Wie hoch ist der Anteil der Jugendlichen in Bremen, die nach Beendigung ihrer schulischen Laufbahn Leistungen nach SGB II beziehen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Statistik der Agentur weist mit Stand 30. September 2008 für das Ausbildungsjahr 2008/2009 insgesamt 4 736 Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz aus, davon 2 572 männliche und 2 164 weibliche. Darin nicht erfasst sind diejenigen Jugendlichen, die sich ohne Meldung bei der Agentur auf eigene Faust einen Ausbildungsplatz gesucht haben.

Die Zahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber, also der Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz oder keine Alternative dazu, zum Beispiel berufsvorbereitende Maßnahmen wie das Berufsvorbereitungsjahr, BVJ, oder die Einstiegsqualifizierung, EQJ, erhalten haben, lag zum 30. September 2008 gemäß dieser Statistik bei 3 Prozent oder bei 97 Jugendlichen, davon 50 weiblich und 47 männlich. Nicht als unversorgt erfasst werden Jugendliche, die um eine duale Ausbildung nachgesucht hatten, aber den Besuch einer weiterführenden Schule, eine Berufsvorbereitungsmaßnahme et cetera aufgenommen haben.

Die Zahlen zum Verbleib der versorgten Jugendlichen werden in der Statistik der Agentur nicht nach Geschlecht aufgeschlüsselt dargestellt. Die Verbleibszahlen für alle Jugendlichen stellen sich wie folgt dar: 1 718 Jugendliche sind in duale Ausbildung eingemündet und haben dies der Agentur auch gemeldet. 1 266 Jugendliche haben ihren Verbleib nicht rückgemeldet, mussten oder wollten die Unterstützung der Agentur also nicht mehr in Anspruch nehmen.

Eine Erwerbstätigkeit aufgenommen haben 420 Jugendliche. In Schule, Studium eingemündet sind 682 Jugendliche. 83 Jugendliche sind zur Bundeswehr, in den Zivildienst oder ins Freiwillige Soziale/Ökologische Jahr eingemündet. 472 Jugendliche absolvieren ein berufsvorbereitendes Jahr oder ein Praktikum oder nehmen an Fördermaßnahmen zur Berufsvorbereitung oder Einstiegsqualifizierung teil. Hinter der letztgenannten Kategorie wird sich eine Anzahl von Jugendlichen finden, die diese Alternative nur gewählt haben, weil sie keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Zahlen liegen dazu nicht vor.

Zu Frage 2: Die Agentur führt als Bewerberinnen und Bewerber nur solche Personen, die sich melden und auch tatsächlich um einen Ausbildungsplatz nachsuchen, darunter die Bewerberinnen und Bewerber aus dem aktuellen Schulentlassungsjahr plus die sogenannten Altbewerberinnen und Altbewerber.

Nicht als Ausbildungsplatzbewerberinnen und Ausbildungsplatzbewerber geführt werden Jugendliche, die angeben, ihre berufliche Zukunft anderweitig, zum Beispiel über einen weiterführenden Schulbesuch, anzugehen. Der Bezug zwischen angebotenen Lehrstellen und den als Bewerberinnen und Bewerbern geführten Jugendlichen ist nicht sehr aussagekräftig, da allenfalls die Hälfte der abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse mit Bremer Jugendlichen besetzt wird. Die übrigen Ausbildungsstellen werden von einpendelnden Jugendlichen aus dem Umland besetzt.

Zu Frage 3: Daten zur präzisen Beantwortung der Frage liegen dem Senat nicht vor. Statistisch ausgewiesen wird zwar die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen unter 25 Jahren, nicht jedoch die Zahl derjenigen, die nach Schulabschluss SGB-II-Leistungen erhalten. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Nitz** (DIE LINKE): Um noch einmal auf Ihre Antwort zu Frage 2 einzugehen: Wie erklärt sich der Senat die doch sehr unterschiedliche Interpretation der Statistik, die auch in der öffentlichen Wahrnehmung und in der medialen Debatte in unserer Stadt zu großem Aufsehen geführt hat?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Sie sprechen die Differenz an, die diese Statistik möglicherweise ausagt. Erst einmal ist sehr deutlich zu sagen, dass man die Datenlage noch weiterentwickeln kann, um die Statistik vielleicht an der einen oder anderen Stelle noch aussagekräftiger zu machen. Trotzdem sage ich, dass wir eine, ich nenne das systematische Fehlinformation durch die statistische Darstellung hier ganz deutlich nicht sehen. Es ist so, dass wir - das wissen wir aufgrund der Demografie - eine andere Ausgangszahl haben und wir hier aufgrund der besonderen Situation, dass wir sehr viele Einpendler haben, natürlich nicht die exakten Zahlen haben. Lassen Sie mich sagen, dass es natürlich die Aufgabe - wir befinden uns ja vor einem neuen Ausbildungsjahr - insbesondere auch der Unternehmen und der Kammern bleibt, hier auch die vereinbarten Zielzahlen zu erreichen. Gerade was die Ausbildungsplätze angeht, müssen wir uns für das kommende Ausbildungsjahr sehr anstrengen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Nitz** (DIE LINKE): Sie sprachen gerade an, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dass die

Datenlage nicht sehr aussagekräftig ist oder mitunter auch zu Missverständnissen führen kann. Wird denn Bremen die Initiative ergreifen, hier auch noch einmal eine Verbesserung der Datenlage herbeizuführen, sprich, also auch Anregungen nach Nürnberg zu melden?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Zunächst einmal, Sie haben das ja eben mit dem letzten Wort gesagt, ist es natürlich Aufgabe der Bundesagentur und der Agenturen vor Ort, aber wesentlich der Bundesagentur, hier für eine deutlichere Datenlage zu sorgen. Das, was wir an Unterstützung leisten können, werden wir selbstverständlich tun.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Nitz** (DIE LINKE): Eine kurze Bemerkung: Ich würde mich freuen, wenn wir dann auch in der Arbeitsdeputation über die jeweiligen Anregungen erfahren könnten. - Vielen Dank!

(Senatorin Rosenkötter: Selbstverständlich!)

Präsident Weber: Frau Senatorin, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Richter!

Abg. **Richter** (CDU): Immer mehr Betriebe haben in den letzten Jahren die negative Erfahrung machen müssen, dass Verträge, die eingegangen worden sind, dann von den Auszubildenden nicht erfüllt werden, sprich, sie treten das Auszubildendenverhältnis nicht an, und hinterher stellt sich dann heraus, dass auch weitere Verträge abgeschlossen wurden, weil bessere Lehrstellen angeboten wurden. Gibt es da eigentlich statistisches Material über die Handwerkskammer oder die Handelskammer?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ich kann Ihnen jetzt keine exakten Zahlen nennen. Das müssten wir in der Tat bei den Kammern nachfragen, inwieweit hier Doppel-Ausbildungsverhältnisse zunächst einmal angestrebt worden sind. Meines Wissens ist das keine wirklich relevant große Zahl, aber natürlich ist es immer für diejenigen, die suchen, wichtig zu wissen, dass hier möglicherweise noch Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen würden. Ich glaube aber, dass die Kammern dort auch sehr gut dabei sind, dies auch weitestgehend abzubauen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die **Heizkostenpauschale für Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Cakici, Frau Troedel und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Kollegin Troedel!

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie hoch ist die Heizkostenpauschale, die der Senat beziehungsweise die BAfG/Sozialzentrum derzeit konkret an Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld zahlt?

Zweitens: Beabsichtigt der Senat, diese pauschalisierten Zahlungen zu senken?

Drittens: Ist dem Senat bekannt, dass nach Paragraph 22 Absatz 1 SGB II und Paragraph 29 Absatz 1 SGB XII die Leistungen für Unterkunft und Heizung in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht werden müssen, soweit diese angemessen sind?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Leistungsempfängern nach dem SGB II und SGB XII werden keine Heizkostenpauschalen gewährt. Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben von SGB II und SGB XII werden Leistungen für Heizkosten in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht, soweit diese angemessen sind. Seitens der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales werden Richtwerte für die Leistungen für Heizkosten im Regelfall vorgegeben, bis zu denen ohne besondere Prüfung von einer Angemessenheit ausgegangen werden kann.

Zu Frage 2: Aufgrund der aktuellen Preisentwicklung ist eine Senkung der derzeit gültigen Richtwerte beabsichtigt.

Zu Frage 3: Ja, die genannten gesetzlichen Vorgaben sind - wie bereits zu Frage 1 dargestellt - dem Senat bekannt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Im Hinblick auf die Antwort zu Frage 2: Ist Ihnen bekannt, dass bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern die gesunkenen Energiepreise mit den damit verbundenen Heizkostenermäßigungen noch nicht angekommen sind? In welchem Zeitraum soll das den Betroffenen übermittelt werden und zu neuen Abrechnungen führen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Derzeit ist es so, dass wir das beabsichtigen, das bedeutet auch, dass wir uns damit in der Deputation beschäftigen werden. Es geht hier immer auch um die Angemessenheit der tatsächlichen Aufwendungen, das habe ich auch sehr deutlich in der Antwort zu Frage 1 gesagt.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Dann bitte ich noch einmal um Beantwortung, in welchem Zeitrahmen das vorgenommen werden soll!

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Es geht jetzt darum, dass wir einen Arbeitsauftrag haben, und dieser Arbeitsauftrag muss auch durch die politischen Gremien bearbeitet werden. Dann wird sich zeigen, ab wann wir diese Veränderung wahrnehmen. Es ist auch im Sinne eines Haushaltsnotlagenlandes, hier die Angemessenheit entsprechend festzustellen und die Richtwerte entsprechend festzulegen. Wir müssen dies auch miteinander verknüpfen, vor allen Dingen natürlich vor dem Hintergrund, dass sich für uns alle - an dieser Stelle sage ich, Gott sei Dank! - die Kosten verändert haben.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Das nicht, aber eine Bemerkung: Dann freue ich mich auf die Diskussion in der Sozialdeputation!

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Nitz!

Abg. Frau **Nitz** (DIE LINKE): Frau Senatorin, welche Kosten gelten derzeit pro Quadratmeter als angemessen, und was soll zukünftig als Angemessenheitsgrenze gelten?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Sie wissen alle, dass derzeit 1,35 Euro als angemessen gelten, wobei ich gleich deutlich sage, dass es hier auch schon von vornherein Ausnahmeregelungen gibt, wenn Krankheit, Alter oder besondere Gründe vorliegen. Das ist eben der Ermessensspielraum, auch andere Sätze festzulegen, und es wird im Moment darüber nachgedacht, hier diese Richtwerte auf 1,10 Euro festzusetzen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Frehe!

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, sind Sie mit mir der Auffassung, dass es sich um Nicht-Prüfungsgrenzen bei den Grenzen handelt und dass bei den Nicht-Prüfungsgrenzen, falls die überschritten werden, dann sowohl nach subjektiven Kriterien - ob man zum Beispiel einen höheren Wärmebedarf hat - als auch nach objektiven Kriterien, also welchen Stand die Wohnung hat, wie sie isoliert ist und ob oben oder unten andere Menschen wohnen, geprüft werden muss?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ich habe ja von Richtwerten gesprochen, man kann das auch ersetzen durch Nicht-Prüfungsgrenzen.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Sind Sie mit mir der Auffassung, dass, wenn die Sozialleistungsbezieher jetzt Festbeträge für ihre Heizkosten bezahlen müssen, eine Absenkung für sie natürlich erst dann erfolgen kann, wenn im Grunde genommen eine Abrechnung über diese Heizperiode vorliegt und daraufhin dann neue Sätze festgesetzt werden?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ja, da bin ich mit Ihnen der Meinung, dass das natürlich Hand in Hand gehen muss und es nicht vor einer Senkung eine Veränderung dieser Richtwerte geben kann.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die „**Präventionsräte**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Nitz, Frau Troedel und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Kollegin Nitz!

Abg. Frau **Nitz** (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Auf welcher rechtlichen Grundlage agieren die Präventionsräte in Bremen?

Zweitens: Welche Rechte, Pflichten und Aufgaben haben die Präventionsräte?

Drittens: Wie verhindert der Senat, dass die Präventionsräte in die urreigensten Aufgaben der Beiräte eingreifen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Staatsrätin Buse.

Staatsrätin Buse: Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1 und 2: Für die Tätigkeit von Präventionsräten sowie über deren Rechte und Pflichten bestehen keine speziellen rechtlichen Grundlagen. Die in Bremen bestehenden Präventionsräte und anderen Netzwerke zur Kriminalprävention unterliegen keinen vorgegebenen oder sonst verbindlichen Organisationsprinzipien. Sie bestehen in der Regel aus einem freiwilligen Zusammenschluss von öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen wie Behörden, Vereinen, Initiativen oder Unternehmen et cetera.

Ziele, Aufgaben und weitere Organisationsgrundsätze des jeweiligen Gremiums sind in der Regel von den Teilnehmern vereinbart und in einer Geschäftsordnung oder einer Erklärung manifestiert.

Zur Frage 3: Der Senat begrüßt die Bildung von Präventionsräten auf der örtlichen Ebene. Präventionsräte ermöglichen durch Vernetzung und Kooperationen der relevanten gesellschaftlichen Kräfte vor Ort die notwendige gesamtgesellschaftliche Herangehensweise auf dem Feld der Kriminalitätsverhütung. Sie stärken damit das bürgerschaftliche Engagement und die Problemlösungskompetenz auf Stadtteilebene. Der Senat sieht in der Arbeit von Präventionsräten eine gute und wichtige Ergänzung der Beiratsarbeit.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Nitz** (DIE LINKE): Wie bewertet der Senat den aktuell herausgegebenen Sicherheitsatlas in Bezug auf die anfallenden öffentlichen Aufgaben? Andersherum formuliert: Werden aus diesem herausgegebenen Sicherheitsatlas öffentliche Aufgaben abgeleitet?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Buse: Sie stellen diese Frage im Zusammenhang mit Präventionsräten. Es ist so, dass sich Präventionsräte freiwillig, ad hoc bilden, und es wird wahrscheinlich so sein, dass sich in den Gebieten, in denen es besondere sicherheitsrelevante Vorgänge gibt, am ehesten Bürger zusammenfinden, die sich in diesem Sinn engagieren und Kriminalprävention voranbringen wollen.

Präsident Weber: Frau Staatsrätin, eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Neumeyer!

Abg. Frau **Neumeyer** (CDU): Gern hätte ich all diese Fragen morgen in der Fragestunde Bürgerschaft (Landtag) gehört, denn auch in Bremerhaven gibt es einen seit Jahren schon gut funktionierenden Präventionsrat. Nun komme ich zu meiner Frage: Sind Sie mit mir einer Meinung, dass ein Beirat, der zwar aus gewählten, aber dennoch ehrenamtlichen Mitgliedern besteht, Projekte, zum Beispiel die Nachtwanderer, Erwachsene, die nachts freiwillig für Jugendliche auf der Straße sind, Alt für Jung, Spielnachmittage von Senioren für Kinder, einheitliche Schulkleidung, Erstellung eines Sicherheitsatlases für den Stadtteil, nicht schultern könnte, diese Arbeit aber dem Stadtteil dient und somit eine Unterstützung für die Arbeit des Beirates ist?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Buse: Ich denke, das ist eine zutreffende Einschätzung, in diesem Sinne war die Antwort des Senats gemeint. Die Tätigkeit der Präventionsbeiräte ist eine gute, wichtige Unterstützung der Beiratstätigkeit.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Frau Kollegin Neumeyer, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Neumeyer** (CDU): Wie beurteilen Sie, dass diese von mir eben als Beispiel genannten Präventionsprojekte in Zeiten leerer Kassen durch die Mitgliedsbeiträge, das Einwerben von Spenden und durch den an den Präventionsrat angeschlossenen Förderverein finanziert werden?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Buse: Es wird Sie nicht überraschen, das begrüße ich!

Präsident Weber: Frau Kollegin, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Neumeyer** (CDU): In den Präventionsräten arbeiten auch Bürger, die bereits aus dem aktiven Berufsleben ausgeschieden sind. Glauben Sie auch, dass es für diese Bürger, dadurch dass sie im Stadtteil mitarbeiten und Projekte unterstützen können, eine positive Erfahrung ist, wenn sie sehen, dass sie selbst etwas bewegen können?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Buse: Auch hier teile ich völlig Ihre Einschätzung und bin der Auffassung, dass wir die Kompetenz und Erfahrung unserer älteren Mitbürger auf diese Art und Weise äußerst gut in unsere problematischen Situationen vor Ort integrieren können.

Präsident Weber: Frau Staatsrätin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste und damit letzte Anfrage der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Umsetzung ‚STÄRKEN vor Ort‘ in Bremen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Nitz, Frau Troedel und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Kollegin Nitz!

Abg. Frau **Nitz** (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Ein wie großer Anteil der 600 000 Euro, die aus dem neuen Bundesprogramm „STÄRKEN vor Ort“ für Bremen zur Verfügung stehen, wird nicht als Projektförderung ausgeschüttet?

Zweitens: Wofür wird der Anteil der 600 000 Euro ausgegeben, der nicht in die Projektförderung fließt?

Drittens: Ist in den 600 000 Euro ein Anteil Kofinanzierung enthalten, der von der Kommune oder vom Land aufgebracht werden muss?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Anteil beträgt 20 Prozent der Gesamtfördersumme, nämlich 120 000 Euro.

Zu Frage 2: Die oben genannten Mittel sind Sachkosten der lokalen Koordinierungsstelle und werden für Dokumentationen, Antragsberatung, Mittelbewirtschaftung wie Antragstellungen und Antragsabrechnungen sowie Öffentlichkeitsarbeit

verausgibt. Sollten die Mittel nicht ausgeschöpft werden, besteht gegen Ende des Förderzeitraumes die Möglichkeit, einen Antrag zu stellen, diese Mittel in Projektmittel umzuwidmen.

Zu Frage 3: Nein! Eine Kofinanzierung der Kommune wird zusätzlich über anteilige Personal- und Arbeitsplatzkosten dargestellt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Senatorin, Zusatzfragen liegen nicht vor.

Damit ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Ortsgesetz zur Änderung der Gebührenordnung für die stadt eigenen Friedhöfe in Bremen Mitteilung des Senats vom 12. Mai 2009 (Drucksache 17/323 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz zur Änderung der Gebührenordnung für die stadt eigenen Friedhöfe in Bremen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Förderprogramm für Investitionen in nationale UNESCO-Welterbestätten Mitteilung des Senats vom 12. Mai 2009 (Drucksache 17/324 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Schulte.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Senkal.

Abg. **Senkal** (SPD)^{*)}: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mich kurz fassen: Die Auszeichnung als UNESCO-Weltkulturerbestätte für das Bremer Rathaus und den Roland im Jahr 2004 verdeutlicht eindrucksvoll die Bedeutung dieser Bauwerke für Bremen und weltweit. Neben ihrem architektonischen und künstlerischen Wert sind Rathaus und Roland Symbole hanseatischer Tradition, bürgerlicher Freiheit und Bremer Selbstständigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Deren Erhalt auf einem dem Status angemessenen Niveau steht folglich außer Frage. Jedenfalls kann ich mir nicht vorstellen, dass jemand in diesem Haus oder in Bremen ernsthaft etwas gegen diesen Vorschlag des Senats haben könnte.

Ich bin sehr dankbar, dass die Bundesregierung dieses Förderprogramm für Investitionen in UNESCO-Weltkulturerbestätten aufgelegt hat. Die Tatsache, dass 90 Prozent der zur Verfügung gestellten Mittel vom Bund kommen, unterstreicht den Stellenwert, der diesem Denkmal auch überregional beigemessen wird. Die geplanten Einzelprojekte wie die Restaurierung des Holzwerkes oder der Fresken im Bacchuskeller werden zum positiven Gesamtbild, zum historischen und auch touristischen Wert beitragen. Die energetische Sanierung, Barrierefreiheit und die Errichtung eines Leitsystems sind ebenso zu begrüßen.

(Beifall bei der SPD)

Zusammen mit dem Marktplatz und den umliegenden Gebäuden prägt das Rathaus das Bild der Stadt für Besucher und Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt gleichermaßen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Es ist eines der am besten erhaltenen Rathäuser dieser Zeit in Deutschland und trägt zu Recht den Titel einer Weltkulturerbestätte. Zugleich ist es aber auch ein öffentlicher Raum, ein Ort für Feiern und Begegnungen, kein abgeschottetes Museum. Die Restaurierungen werden also auch einer breiten Öffentlichkeit zugutekommen. Die dazu vorgesehenen Investitionen von 950 000 Euro werden direkt mittelständischen und kunsthandwerklich tätigen Unternehmen zuteilwerden, sozusagen ein Minikonjunkturpaket, das wir in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gut gebrauchen können. Alles in allem ist dies also ein sehr positives Vor-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

haben, dem wir als Koalition nur zustimmen können. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bremen hat einen großen Schatz, das Rathaus und den Roland. Beide gehören zu den UNESCO-Welterbestätten, und, ich finde, dies ist für Bremen eine große Ehre, aber es ist genauso auch eine große Verpflichtung, nämlich dieses Erbe zu schützen und zu erhalten. Die Welterbekonvention fordert daher sehr hohe Maßstäbe für die Qualität und den Schutz für alle Welterbestätten rund um unseren Globus, und, ich glaube, die Welterbekonvention fordert das zu Recht, auch in Zeiten der Finanzkrise.

Mein Kollege Senkal hat schon darauf hingewiesen, das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat im Frühjahr 2009 ein Förderprogramm aufgelegt, mit dem dringend notwendige Investitionen in den Erhalt der historischen Stätten ermöglicht werden sollen, und von 2009 bis 2013 stehen dafür insgesamt 150 Millionen Euro zur Verfügung.

Bis zum 31. März 2009 konnten Kommunen, in denen sich Welterbestätten befinden, Projektvorschläge machen. Dies hat der Senat unter Federführung der Senatskanzlei getan und ein Gesamtprojekt „Maßnahmen im Bremer Rathaus“ beantragt. Unter anderem ist vorgesehen - Herr Senkal hat die einzelnen Maßnahmen aufgezählt -, das finde ich besonders interessant, dass die alten schönen Fenster des Rathauses von diesem Fördergeld energetisch saniert werden sollen, dass der von Rudolf Alexander Schröder entworfene Teppich im Senatssaal rekonstruiert und das historische Parkett im Hauff-Saal saniert werden soll und Maßnahmen zur barrierefreien Nutzung des Ratskellers ergriffen werden sollen, und, ich glaube, das ist auch im Interesse - der Abgeordnete Frehe klatscht - aller.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Gesamtkosten für dieses Projekt betragen insgesamt 953 000 Euro. Geförderte Projekte müssen komplementär finanziert werden, das heißt, auf die Kommune Bremen kommt auch eine

Summe Geldes zu, 95 300 Euro, und, ich glaube, um diese Sanierung fertigzustellen, sind diese Komplementärmittel trotz der Finanzkrise sehr gut angelegtes Geld.

(Beifall bei der SPD)

Laut Aussage der Senatsmitteilung steht dieses Geld auch in den Haushaltsanschlüssen für 2009 und auch im Rahmen der Eckwerte für die Jahre 2010 und 2011 zur Verfügung. Es gibt aber noch eine Besonderheit. Bevor es tatsächlich Geld vom Bund gibt, bedarf es eines unterstützenden Beschlusses der jeweiligen Stadt- und Gemeinderäte, das heißt für die Freie Hansestadt Bremen, die Stadtbürgerschaft muss diesen Beschluss fassen, dass wir diese Sanierung begrüßen. Ich hoffe, dass dies heute einstimmig hier in der Stadtbürgerschaft geschieht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

Gestatten Sie mir zum Schluss in diesem Zusammenhang noch eine Bemerkung! Welterbestätten sind nicht beliebig, sie verpflichten uns Menschen, sehr sorgsam mit unseren Bau- und Naturdenkmälern umzugehen. Ich möchte an eine Sache erinnern, von der ich glaube, dass sie Deutschland nicht sehr gut getan hat, und zwar der Bau der Waldschlösschenbrücke durch die Welterbestätte Dresdner Elbtal. Die hat das Ansehen Deutschlands als Kulturnation stark geschädigt. Wer die Presse dazu verfolgt hat, wird das bestätigen können.

Darum sage ich, der Erhalt von Welterbestätten geht uns alle an, auch wenn sie nicht direkt vor unserer Haustür liegen. Daher hoffen wir Grünen sehr, dass aus dem Debakel um die Waldschlösschenbrücke in Dresden gelernt wird, und das Welterbe Oberes Mittelrheintal, das betrifft die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Hessen, nicht durch eine aberwitzige Verkehrsplanung zerstört wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde, zu guter Letzt, Welterbestätten sind unser aller Angelegenheit, die uns am Herzen liegen muss genauso wie das Bremer Rathaus, aber ebenso auch in anderen Bundesländern. Wir sollten die Ohren und Augen offen halten, dass unsere Welterbestätten dauerhaft erhalten bleiben. - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kau.

Abg. **Kau** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! An der kulturinteressierten CDU-Fraktion wird die Einstimmigkeit heute hier auf jeden Fall nicht scheitern. Wir sind dankbar, dass wir dieses Weltkulturerbe in unserer Stadt haben. Ich glaube, wer den evangelischen Kirchentag so wie ich lebendig verfolgt hat und diese Besucherströme erlebt hat, der hat so wie ich viel Anerkennung und viel Lob für diese Einrichtung gehört, und wir haben alle gespürt, dass die Einrichtungen hier in Bremen über den Platz hinaus wirken. Die Menschen kommen her, sie wissen durch die Beschilderung an den Autobahnen und aus Büchern über Bremen, dass wir dieses Weltkulturerbe haben, sie besichtigen mit Staunen das Rathaus von innen und außen, und sie bekommen dieses Freiheitssymbol des Rolands mit. Ich glaube, wir können für unseren Tourismus und für unsere Besucher nichts Besseres vorzeigen als unser Weltkulturerbe.

(Beifall bei der CDU)

Wir stehen da in einer fantastischen Tradition mit 33 UNESCO-Welterbestätten in Deutschland wie dem Aachener Dom, dem Kölner Dom in meiner Heimatstadt, mit der Museumsinsel in Berlin und dem Dresdner Elbtal, das gerade erwähnt wurde. Daher können wir uns einreihen in die Reihe der Städte mit wunderbaren kulturellen Einrichtungen in unserem Heimatland.

Dieses Programm, das wir sehr begrüßen, fördert auch zusätzlich den Erhalt von Arbeitsplätzen, sichert Beschäftigungsimpulse und wird dazu führen, dass diese Mittel hier sinnvoll eingesetzt werden. Was mich ein kleines bisschen an der Mitteilung verwundert, ist, dass hier neun Teilprojekte erwähnt, aber nur acht aufgezählt werden. Wo das neunte Teilprojekt, das hier auf dieser Liste nicht zu finden ist, sich versteckt, entzieht sich noch meiner Kenntnis. Vielleicht hängt es damit zusammen, dass die SPD ein anderes Verhältnis zu Zahlen hat als wir von der CDU.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn ich mir die Zahlen der Commerzbank so ansehe, Herr Kau, dann wohlan! Da haben Sie ja wohl Ahnung!)

Genau, dann wissen Sie, dass wir ein ganz besonderes Verhältnis zu Zahlen haben!

Von unserer Seite werden wir diesen Antrag selbstverständlich unterstützen, weil er unserer Heimatstadt guttut. Wir denken, das ist gut inves-

tiertes Geld. Die ganzen einzelnen Teilprojekte, die Herr Kollege Senkal und Frau Kollegin Kruusche schon aufgeführt haben, machen absolut Sinn und werden dieses Haus weiter bereichern. Wir hoffen aber auch, dass die anderen Baustellen in der Kultur, die sich zurzeit ansammeln - leider ist die Staatsrätin nicht anwesend -, auch langsam erledigt werden. Vielleicht wird der neue Abteilungsleiter, der uns aus der Presse bekannt wurde, dazu beitragen, dass einige der vielen anstehenden Kulturprobleme dann auch etwas zeitnah gelöst werden.

Was wir uns gewünscht hätten, wäre eine etwas frühzeitigere Beschäftigung. Wir hatten eine Antragsfrist von Anfang Februar bis Ende März. Dieses Thema ist keimlich in der Kulturdeputation gewesen, es ist auch keimlich vorher im Parlament gewesen. Wir hätten uns gewünscht, dass es eine kleine Auswahl an verschiedenen dringlichen Projekten innerhalb des Rathauses gegeben hätte, und man hätte entweder die Kulturdeputation oder das Parlament mit einer Auswahl solcher Projekte beschäftigt. Aber wir werden auch im Nachhinein den hier ausgewählten Projekten vonseiten der CDU zustimmen. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Weltkulturerbe ist ein Pfund, mit dem wir wuchern können. Auf das vergangene Wochenende ist hingewiesen worden, zugleich ist es eben nicht nur der Kirchentag, es ist jeden Tag hier zu beobachten, wie Besucher und Touristen hier nach Bremen kommen und sich an diesem Weltkulturerbe freuen und sich daran erfreuen, welche herrliche Kultur- und Kunstschatze wir hier in unserer Stadt haben und ihnen zeigen können.

(Beifall bei der FDP)

Es ist doch so, dass die Weserrenaissance-Fassade, die Lüder von Bentheim 1608 bis 1612 geschaffen hat,

(Beifall bei der FDP)

doch richtig toll ist und eine Sache, die man erhalten musste und deswegen erhalten wurde.

Daneben sind viele Dinge, die im Rathaus sind - die Kunstwerke von Rudolf Alexander Schröder sind ja schon erwähnt worden -, so gut, dass sie eigentlich immer wieder nur gezeigt werden können. Wenn sie allerdings so oft gezeigt werden,

gibt es eben auch Abnutzungserscheinungen und Reparaturbedarf. Mängel zu beheben ist eigentlich unsere Pflicht, weil doch gilt: „Was du ererbt von deinen Vätern hast“ - und ich sage da auch immer und Müttern -, „bewahr es, um es zu besitzen“. Insofern ist es auch genau das Richtige, das zu tun, was hier vorgeschlagen wird, denn ein zu zahlender Eigenanteil von zehn Prozent ist doch mehr als gering, wenn man schaut, welche Kulturgüter und welche Werte dadurch erhalten werden können. Deswegen ist es doch eine Selbstverständlichkeit, hier zuzustimmen.

Barrierefreiheit ist auch ein Gutes, dem ist auch nicht zu widersprechen, auch dem ist nur zuzustimmen. So können wir dann mit diesem Pfund weiter wuchern und es für unsere Nachfahren erhalten, damit auch sie noch diese tollen Kulturgüter haben - und auch den Roland, der auf die Freiheit der Freien Hansestadt Bremen hinweist -, die der Freien Demokratischen Partei sehr am Herzen liegen.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Schulte.

Staatsrat Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will vielleicht vorweg etwas zu der Frage acht oder neun Teilprojekte sagen, weil wir den Vorwurf, nicht zählen zu können, vielleicht vorweg ausräumen müssen! Es ist richtig, dass hier acht Punkte aufgezählt sind, nur, wenn Sie in den vorletzten Unterpunkt schauen, dann sehen Sie dort zwei Maßnahmen: die Komplettsanierung des historischen Parketts im Hauff-Saal und die Sanierung der Fitgerschen Fresken im Bacchuskeller.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die Aufklärung des Zahlenphänomens. Ich räume aber ein, man hätte noch einen Absatz machen können, dann wäre es deutlicher geworden.

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wer lesen kann, ist klar im Vorteil!)

Insgesamt denke ich, was zum Rathaus gesagt worden ist, kann ich nur bestätigen als jemand, der oft mit auswärtigen Besuchern zu tun hat und dann entweder am Anfang oder am Ende jeder Sitzung und Besprechung der Rundgang durch das Rathaus ansteht. Es ist immer wieder für alle beeindruckend, und man sieht tatsächlich, wie sie mit staunenden Augen diese Verkörperung und dieses Sinnbild jahrhundertelanger Geschichte dann ansehen.

Wir begrüßen vom Senat selbstverständlich, dass der Bund dieses Programm aufgelegt hat. 150 Millionen Euro bundesweit ist natürlich eine begrenzte Größenordnung, wenn man sich zudem vor Augen hält, dass bei den 33 Welterbestätten ganze Altstädte dabei sind - Stralsund, Wismar, Quedlinburg, Goslar -, also, es sind nicht nur einzelne Bauwerke, sondern ganze Altstädte, die auch von diesem Programm und dann natürlich mit teuren Sanierungsmaßnahmen abgedeckt werden sollen.

Was die Finanzierung angeht, will ich verdeutlichen, dass das hier auch noch einmal etwas Besonderes ist. Der Bund geht in diesem Programm eigentlich davon aus, dass eine Drittelfinanzierung erfolgt - ein Drittel Bund, ein Drittel Land, ein Drittel Kommune -, und es ist in den Gesprächen gelungen zu erreichen, dass Bremen als Haushaltsnotlagekommune anerkannt wird und deswegen hier diesen Anteil von nur zehn Prozent zahlen soll. Das finde ich erfreulich, und ich glaube, das hilft weiter. Wir hoffen, dass auch aus den Anträgen dann möglichst viele Bewilligungen werden; in der Sache sind die Anträge sehr intensiv mit Immobilien Bremen und dem Landesamt für Denkmalpflege abgestimmt. Das vielleicht nur dazu!

Sie wissen, das ist gesagt worden, wir haben Sie hier heute befasst, weil es ein Programm für Kommunen ist und der Bund verlangt, dass bei jedem Antrag erklärt wird, dass der jeweilige Stadtrat zugestimmt habe. Da muss man auf Bundesebene dann immer die Besonderheiten des Stadtstaates versuchen zu erläutern, aber ich glaube, das ist gelungen, und ich bitte darum, die Vorlage zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer gemäß der Darstellung des Senats den Antrag der Senatskanzlei für das Förderprogramm für Investitionen in nationale UNESCO-Welterbestätten unterstützen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft die Darstellung des Senats zur Finanzierung des Projektes zur Kenntnis.

**Bebauungsplan 2363
für ein Gebiet in Bremen-Sebaldsbrück
an der Sebaldsbrücker Heerstraße zwischen
Esmarchstraße und Semmelweisstraße**

Mitteilung des Senats vom 12. Mai 2009
(Drucksache 17/325 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2363 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Regionale, umweltbewusste und gesunde
Ernährung fördern**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
und der SPD
vom 13. Mai 2009
(Drucksache 17/326 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Dr. Heseler.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die rot-grüne Koalition will mit dem Antrag Bremens Potenziale und Stärken für regionale, biologische und gesunde Ernährung stützen und ausbauen, denn Bionahrung ist gesund, ressourcenschonend und nachhaltig, und Bionahrung ist die Sorge und Verantwortung für die uns umgebende Welt, kurz: Bio ist alles das, wofür wir Grünen stehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Zahlen belegen es Jahr für Jahr: Biologisch verträgliche Lebensweisen sind nicht länger Nische in einer auf Massenkonsum ausgerichteten Mehrheitsgesellschaft, sondern sie sind eine zukunftsweisende, verantwortliche und neuerdings im Übrigen auch coole Alternative zu dem üblichen „weiter so wie bisher“. Genau darum wird es Zeit, dass auch eine moderne Großstadt wie Bremen stärker als bisher die nachhaltige Ernährung befördert.

Bremen hat heute diesbezüglich schon einiges zu bieten. Exemplarisch nennen möchte ich hier die Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft, die Marke „Weserklasse“, die im Übrigen, wenn Sie sich das einmal angeschaut haben, auf dem Kirchentag einen enormen Zulauf zu verbuchen hatte. Dort ist diese regionale Marke sehr stark angenommen worden. Auf städtischer Ebene ist vor allen Dingen das Versorgungskonzept von KiTa Bremen zu nennen. KiTa Bremen hat sich mit ihren 65 Einrichtungen bereits auf den Weg gemacht. Dort sollen zunächst zehn Prozent der Produkte aus ökologischer Erzeugung stammen. Davon profitieren rund 7 000 Kinder. Um diese höheren Kosten für die biologische Ernährung zu schultern, wird der Anteil der Fleischgerichte reduziert. Biokost in Kindergärten ist uns besonders wichtig, denn gesunde Ernährung ist gerade vor dem Hintergrund dessen, dass viele Kinder und Jugendliche an Übergewicht und den damit verbundenen Folgekosten leiden, zwingend und notwendig. Umstellung auf Bionahrung ist eine Investition in die Gesundheit und den Umweltschutz.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der vorliegende Antrag setzt an diesen vorhandenen Initiativen und Potenzialen von Bremen an, damit das vorhandene Engagement gebündelt und es in ihrem Wirken unterstützt wird. Damit verbundenes Ziel ist es, verstärkt Anreize für privates Engagement und Sponsoring zu schaffen, um damit dann wieder weitere Angebote zu befördern, also hier auch Synergien herzustellen. Vielleicht eine Anmerkung: Dieses Sponsoring soll dann zentral über die Einkaufsregelungen der Finanzsenatorin abgewickelt werden, es soll nicht Sponsoring sein, das zu Werbezwecken mittels Einrichtungen genutzt werden kann, und - das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich - dieser Antrag soll erst der Anfang sein.

Es gibt diesen halbschönen Satz oder neudeutschen Ausdruck Best-Practice-Beispiele, lernen von anderen Initiativen, anderen Städten, anderen Herangehensweisen, und das übertragen auf die eigene Lebensrealität. Die Stadt München ist in

diesem Sinne hier unser Vorbild. Die dortige initiative Biostadt hat sich in den letzten Jahren auf verschiedenen Ebenen etabliert und eine immense Wirkung entfaltet. Hier in Bremen nachmachen, was dort in München vorgemacht wurde, dabei eigene Ansätze und Problemlösungen finden, das ist es, was der Antrag auf den Weg bringen soll.

Zusammengefasst: Die rot-grüne Koalition will die Biostadt Bremen. Wir wollen unsere Stadt im Bereich Ernährung - nicht nur im Bereich Ernährung, aber darum geht es heute bei diesem Antrag - unter dem Leitbild regional, ökologisch und fair weiterentwickeln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das heißt in diesem Kontext: das Bestehende verfestigen und dafür Sorge tragen, dass Nachhaltigkeit wirklich Realität wird. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dennhardt.

Abg. **Dennhardt** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ziel der SPD-Fraktion mit diesem Antrag ist die Stärkung der gesunden Ernährung, des Verbraucherschutzes und der lokalen Nahrungsmittelwirtschaft in Bremen. Ein wichtiges Vorbild - meine Kollegin Frau Dr. Mathes hat es schon gesagt - ist dabei für uns die Biostadt München. Die Biostadt dort steht für Vernetzung und Koordination der vorhandenen Aktivitäten, mehr ökologische Lebensmittel in Schulen und Kindergärten, Gastronomie sowie im Gäste- und Veranstaltungsbereich der Stadt.

Wichtiger Ansatzpunkt für uns in Bremen ist aber gerade die Ernährung unserer Kinder. Saisonale Produkte, frische Kost und die Verwendung nicht vorverarbeiteter Lebensmittel sollten selbstverständlicher Bestandteil der Ernährung von Kindern sein.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

83 Prozent der Münchener Eltern haben in einer Umfrage den Wunsch geäußert, mehr biologische und frische Kost für die Verpflegung ihrer Kinder zu erhalten. Dabei sorgen die Verringerung des Fleischanteils, saisonales Kochen und die Verwendung von weniger vorverarbeiteten Produkten für eine gesündere Verpflegung und zugleich für Kosteneinsparungen, sodass im Ergebnis die

Mehrkosten in München mit durchschnittlich 32 Cent pro Mahlzeit moderat ausgefallen sind, die 16 Prozent der vorherigen Kosten ausmachten. Viele Einrichtungen in Bremen, zum Beispiel die Uni-Mensa oder KiTa Bremen - Frau Dr. Mathes hat das Beispiel eben schon dargestellt - bieten heute schon entsprechende Produkte im Rahmen ihrer Verpflegung an.

Das Konzept in Bremen soll systematisch darstellen, welche Angebote an Bioverpflegung in den städtischen Betrieben und Einrichtungen in Bremen heute schon vorhanden sind. Hier kann Bremen helfen, regionale Märkte direkt durch eigene Nachfrage und indirekt als Vorbild für andere Nachfrager zu entwickeln. Ziel ist es aber auch - auch das hat Frau Dr. Mathes dargestellt -, verstärkte Anreize für privates Engagement und Sponsoring zu schaffen, um damit weitere Angebote zu ermöglichen.

In München sind schon vor einiger Zeit von 28 Partnern 450 000 Euro zusammengetragen worden, um diese Projekte zu unterstützen.

In Bremen und Region bestehen jetzt schon zahlreiche Netzwerke und Verbände, die sich der nachhaltigen Landwirtschaft widmen. Viele Erzeuger, aber auch die vorhandene Nachfrage auf Verbraucherseite, haben regionale Marken wie die „Weserklasse“ entstehen lassen. Aber auch unsere Initiative zur gentechnikfreien Region, die wir auch im Parlament beschlossen haben, passt dazu.

Das Konzept Biostadt Bremen soll die koordinierte Unterstützung bereits existierender Initiativen und Netzwerke in Bremen und gegebenenfalls auch der Metropolregion entwickeln. Auch hier kann Bremen helfen, regionale Märkte zu entwickeln. Bioangebote mit kurzen Transportwegen stärken nicht nur die Gesundheit unserer Kinder, sondern auch die regionale Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung, und schonen unsere Umwelt. Unterstützen Sie die Förderung von gesunder, regionaler und umweltbewusster Ernährung! Stimmen Sie unserem Antrag zu! - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Möllenstädt.

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies ist wieder einmal ein typischer Antrag von Rot-Grün, wo man am Anfang denkt, das ist ja ein ganz spannendes Wortgeklingel. Wenn man sich das dann aber ein bisschen genauer anschaut, stellt man fest, da ist

nicht furchtbar viel dahinter außer einer abgekupfert Idee aus München, die wir nach unserer Überzeugung in Bremen so nicht brauchen.

(Beifall bei der FDP)

Worum geht es denn letzten Endes? Es geht doch darum, dass wir, ich hoffe, alle den mündigen Verbraucher als Leitbild einer Verbraucherschutzpolitik im Auge haben.

(Beifall bei der FDP)

Dies sagt übrigens auch der rot-grüne Senat ausweislich der Verbraucherschutzstrategie der Senatorin für Gesundheit, die vor einigen Tagen vorgestellt worden ist. Daran sollte man sich orientieren, nicht an Bevormundung in dem Sinne, dass hier bestimmte Produkte gegenüber anderen privilegiert werden. Wir meinen als Liberale, hier mischt sich die Stadt in Dinge ein, die sie überhaupt nichts angeht. Die Ernährung der Bevölkerung ist eine Sache eines jeden selbst und nicht Sache der Stadt.

(Abg. Dennhardt [SPD]: Ist das Ihr liberales Sozialverständnis? - Abg. Frau Busch [SPD]: Das ist ja nun völlig daneben!)

Im Übrigen ist es doch auch so, das müssen Sie auch zur Kenntnis nehmen: Hier würde doch eine Branche gefördert, die geradezu boomt, und zwar nicht deshalb, weil sie öffentlich beworben wird, sondern deshalb, weil es Verbraucherinnen und Verbraucher gibt, die das nachfragen.

(Beifall bei der FDP)

Im Übrigen handelt es sich - und das ist leider nicht in dem Antrag, aber in der Rede der Kollegin Dr. Mathes angesprochen worden - bei Bioprodukten in der Regel um hochpreisige Produkte, die sich nun auch nicht jeder leisten kann. Wenn ich dann höre, dass dieses Konzept beinhalten soll, dass man die Kosten, die zusätzlich dadurch entstehen, dadurch wieder kompensiert, dass bestimmte Nahrungsmittel gar nicht mehr angeboten werden, zum Beispiel auf Fleisch verzichtet wird, muss ich sagen, das ist ein ziemlicher Pferdefuß an dieser ganzen Aktion: Wo bleiben denn da die glücklichen Bremer Kühe? Immerhin verdienen die auch eine Werbung! Ich glaube, das verdient genauso viel Aufmerksamkeit wie Bremer Gemüse, Radieschen oder Lauch oder was auch immer Sie dort anbieten wollen.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, die Verwaltung kann sich ganz gut mit anderen Dingen beschäftigen, mit den Dingen, die

sie wirklich angeht, nicht mit irgendetwas völlig anderem. Deshalb sind wir der Meinung, Bremen braucht keine Biostadt, Bremen ist keine Ökostadt, und Bremen bleibt eine Freie Hansestadt. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Cakici.

Abg. Frau **Cakici** (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wünschen uns eine ausreichende und gesunde Ernährung, eine intakte Umwelt und eine artgerechte Lebensmittelproduktion. Dieses Ziel ist ehrgeizig und erscheint kaum erreichbar. Wir überlegen uns heute, wie man ihm trotzdem näherkommen kann.

Lassen Sie mich zunächst ein paar Dinge nennen, die es uns heute so schwer machen, eine ökologische Wende in der Ernährung durchzusetzen! Für die Verbraucherinnen und Verbraucher sind die Unterschiedlichkeit der Betriebe und ihre Angebote kaum zu überschauen. In der Stadt Bremen gibt es sieben Ökomärkte, zahlreiche Wochenmärkte mit biologischen Warenangeboten sowie zahlreiche Discounter mit Biowaren.

Da fangen die Probleme an. Was ist Bio überhaupt? Ist in jeder Ware, wo Bio draufsteht, auch wirklich Bio drin? Es gibt unterschiedliche Biosiegel, Ökoprüfzeichen und Qualitätssiegel. Was ist jetzt das Richtige? Lauter Fragen, auf die häufig keine Antworten gegeben werden! Muss man eigentlich erst einen Volkshochschulkurs belegen, um seine Familie gesund und umweltbewusst ernähren zu können?

(Abg. Frau Busch [SPD]: Es schadet nicht!)

Der vorliegende Antrag fordert die Bündelung aller Bioangebote beziehungsweise deren Koordinierung zur Verbesserung der Überschaubarkeit, das begrüßen wir. Auch finden wir ein Konzept Biostadt Bremen ähnlich wie dem in München richtig. Das Münchner Modell wurde im November 2008 hier in Bremen vorgestellt. Es hat drei Schwerpunkte: erstens, gesunde und ökologische Ernährung für Kinder in Schulen und Kindergärten, zweitens, mehr Lebensmittel bei stadteigenen Veranstaltungen, und drittens, die Steigerung der Anzahl von Gaststättenbetrieben mit Bioessen und Biozertifizierung.

Problematisch an diesem Konzept ist, dass bei Punkt eins, also Bio für Kinder, die Einrichtungen nicht so ausgestattet werden, dass sie sich diese Aufgabe überhaupt leisten können, und deshalb

suchen sie sich Sponsoren, sogenannte Paten, um dieses Projekt umzusetzen. In München sind es inzwischen 28 Paten, die zusammen 450 000 Euro für diese Aufgaben den Kindertagesstätten spendieren. Diese Sponsoren werden nicht ohne Gegenleistung spenden, das ist auch unsere Kritik, denn Sponsoring bedeutet immer „Tue Gutes und rede darüber!“ Das bedeutet dann, dass an Schulen oder Kitas zum Beispiel an der Eingangstür mit dem Aufruf geworben wird: „Kindermilch-schnitte, mit viel Milch gemacht, die Zwischenmahlzeit von heute, schmeckt leicht und belastet nicht.“ Ist das wünschenswert?

(Abg. Dennhardt [SPD]: Frau Dr. Mathes hat bereits gesagt, dass wir genau das nicht wollen!)

Das war unsere Befürchtung, habe ich gesagt! Wir müssen uns auch das Ergebnis anschauen! Ist das wünschenswert? Sollen Kinder schon in der Schule mit verarbeiteten Lebensmitteln umworben werden? Das soll doch wohl gerade mit einer gesunden und ökologischen Ernährung verhindert werden, denn es sollen doch auch ausschließlich Erzeuger von ökologischen und nachhaltig produzierten Lebensmitteln gefördert werden, oder etwa doch nicht? Das sieht hier auch ein von der EU gefördertes Projekt der Stadt München vor. Hier wird die Vernetzung von kleinen Naturkostfachgeschäften unterstützt. Ziel des Projektes ist es, kleine Anbieter auf dem Biomarkt zu erhalten, und das wäre auch für Bremen sinnvoll. Aber auch EU-Projekte sind zeitlich begrenzt. In einem Bremer Konzept muss daher gewährleistet sein, dass die Förderung so lange sicher ist, wie es die kleinen Anbieter brauchen, denn ohne ausreichende, langfristige Finanzierung kann ein Konzept Biostadt Bremen nicht funktionieren. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. **Imhoff** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Regionale, umweltbewusste und gesunde Ernährung fördern, das ist erst einmal eine Überschrift, ich glaube, hinter der sich alle versammeln können, und es würden auch alle einmal grundsätzlich unterschreiben.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist vom Prinzip her schon einmal eine gute Überschrift, aber der Teufel steckt ja oftmals auch im Detail, und insofern muss man das Ganze vielleicht auch noch einmal ein bisschen anschauen. In der Einleitung ist geschrieben worden: „Dabei

geht es um die Einhaltung von ökologischen und an den Interessen des Verbraucherschutzes orientierten Standards beim Anbau von Nutzpflanzen und der Tierhaltung.“ Wie sind diese Standards gemeint? Sind das Standards, die jetzt die Grünen festlegen, oder sind das gesetzliche Standards? Das ist ein bisschen missverständlich ausgedrückt, das hätte ich mir genauer gewünscht.

Dann wird im Weiteren davon gesprochen - das wird im nächsten Absatz gesagt -, dass Bioprodukte gesund sind. Das impliziert ja praktisch, dass die anderen Produkte ungesund sind, und dagegen verwahre ich mich, weil es ja so ist, dass Bio in der Tierhaltung vielleicht höhere Standards hat, aber in der Ernährungswirtschaft müssen sich alle nach den gleichen gesetzlichen Standards richten und diese einhalten. Der Gesetzgeber gibt ja auch vor, was erlaubt ist und was nicht erlaubt ist, und deswegen kann man nicht immer diese Debatte so halten, einfach nur Bio ist gesund, alles andere ist nicht gesund, das möchte ich hier einfach einmal anmerken!

(Beifall bei der CDU)

So viel zur Einleitung!

Es soll ja ein Konzept nach dem Vorbild der Biostadt München entwickelt werden, das uns auch vorgestellt worden ist. Das ist ein ehrgeiziges Projekt, und wir werden diesem Antrag auch zustimmen, weil wir uns natürlich auch einiges von dem Konzept erhoffen, allerdings vielleicht nicht dasselbe wie manch eine andere Partei hier im Parlament. Deswegen möchte ich für uns ein paar Kriterien hier festlegen, die schon in dem Konzept vorkommen sollten, bevor wir dann das Konzept dementsprechend auch billigen. Für uns ist wichtig, dass Einrichtungen nicht Verpflichtungen eingehen, dass man den Menschen vorschreibt, dass sie Bio essen müssen,

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Das kommt demnächst!)

weil für uns immer wichtig ist, dass der Mensch selbst entscheiden kann, was er isst oder was er nicht isst.

(Beifall bei der CDU)

Für uns ist wichtig, Aufklärung muss da sein, das Angebot muss da sein, und wenn das da ist, wird auch jeder vernünftiger Mensch sich von dem überzeugen lassen, von seinen tiefsten Überzeugungen geleitet.

Für uns ist weiter wichtig: Wie sieht der finanzielle Bedarf aus? Woher kommen die Mittel? Ich mei-

ne, wir haben hier Haushaltssperre, haben wir gerade eingeführt. Wir sind gerade in einer Weltwirtschaftskrise, Bremen ist Nehmerland, wir wissen das alles, kennen die ganzen Probleme. Es wird Geld kosten. In solch einem Konzept muss auch stehen, woher das Geld kommt und wie viel das kostet, sonst kann man so etwas nicht beschließen.

(Beifall bei der CDU)

Das sind eigentlich die grundlegenden Sachen, die für uns am wichtigsten sind, und deswegen sind wir gespannt auf das Konzept. Wir stimmen dem Antrag heute zu, aber wir werden sehen, was dabei herauskommt, und dann werden wir darüber abstimmen. - Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf zwei Redebeiträge muss ich noch einmal eingehen! Herr Imhoff, ich freue mich erst einmal, dass Sie dem Konzept zustimmen. Wir bleiben dann in der Diskussion und werden das weiter erörtern, welchen Weg wir gehen, der natürlich - und damit stimme ich auch vollkommen überein - erst einmal auch die Zielsetzung hat, dass das Ganze kostenneutral umgesetzt wird und in der Tat die Mehrkosten dann auch über Sponsoring gedeckt werden, so wie es auch in der Biostadt München funktioniert. Ich sehe keinen Grund, warum es in Bremen grundsätzlich so anders sein soll, dass wir das hier nicht auch schaffen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zu dem Beitrag von Frau Cakici, der in der Tat eine Reihe von, wie ich finde, substanzlosen Unterstellungen enthielt, muss ich etwas deutlich machen! Solche Beispiele wie Milchschnitte, Werbung et cetera, schließen wir aus, das garantiere ich Ihnen, das wollen weder die SPD noch die Grünen, wir werden darauf achten und es so machen, wie es auch in München gewährleistet ist, dass das nicht für Werbezwecke einzelner Produkte missbraucht wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ein zweiter Punkt, denke ich, braucht noch eine Klarstellung - so zu tun, als wüsste man nicht, was Bio ist! Es gab vielleicht einmal den Zustand vor 15 Jahren, aber heute ist klar definiert, was Bio ist, wie Bio zu kennzeichnen ist. Es gibt das

europäische Biosiegel, und es gibt das einheitliche deutsche Biosiegel. Darüber hinaus gibt es noch bestimmte Qualitätsmarken, die noch höhere Standards, was die Frage der Erzeugung betrifft, fordern. Auch in dem Antrag ist ja die einschlägige Richtlinie für Verpflegung in den öffentlichen Einrichtungen noch einmal dargelegt, die eben genau gewährleistet, dass, wenn Bio draufsteht, auch Bio drin ist. Ein Tipp vielleicht: Gehen Sie einmal in die Mensa in der Neustadt! Ich habe sie nämlich gerade aufgesucht und habe dort sowohl mit dem Betriebsleiter des Studentenwerkes als auch mit dem zuständigen Mensaleiter gesprochen. Da ist jeder Schritt eindeutig nachvollziehbar: Dort gibt es Wahlfreiheit - keine Bevormundung! -, und wenn man das Biogericht wählt, dann ist wirklich Bio drin.

Ein dritter Punkt, ich habe gerade die Überleitung geschaffen, Herr Dr. Möllenstädt, nämlich zu der Frage der Bevormundung! Ich finde, ehrlich gesagt, das ist ein eigenartiges Verständnis, das Sie haben. In dem Moment, wenn man eigentlich keine Bevormundung mehr machen will, sondern Wahlfreiheit herstellen will - das heißt, in der Mensa, in öffentlichen Einrichtungen, überall können die Verbraucherinnen und Verbraucher selbst wählen, ob sie Bio oder ob sie konventionell nehmen -, interpretieren Sie so etwas als Bevormundung! Das finde ich schon relativ unglaublich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist doch heute so, dass man gezwungen ist, konventionell zu essen. Ich habe doch keine Wahlfreiheit, und von daher ist dieses Argument so etwas von daneben! Das finde ich hier wirklich nicht angemessen! Ein letzter Punkt! Vielleicht hätte ich mir gewünscht, dass die Oppositionsfractionen sich ein klein bisschen mehr im Vorfeld informiert hätten und nicht von Abkupfern der Biostadt München reden oder solchen haltlosen Unterstellungen. Es wäre ganz einfach gewesen, Sie googeln einfach einmal „Biostadt München“, und schon sehen Sie, wie das gemacht wird, was gemacht wird.

Dann, Herr Dr. Möllenstädt, hätten Sie zum Beispiel auch lesen können, dass man gerade für die Frage in Kindertagesstätten - da die Kinder nicht selbst entscheiden können, ob sie Bio wollen oder nicht, ist es in der Tat ein anderer Fall an der Stelle - in München erst einmal eine Umfrage gemacht und dabei festgestellt hat, dass die überwiegende Mehrheit der Eltern will, dass ihre Kinder mit biologisch erzeugten Produkten ernährt werden, weil das Risiko von Allergien und andere Umweltkrankheiten reduziert wird. Das, finde ich, sollten Sie das nächste Mal tun! Informieren Sie

sich, und dann können wir hier vielleicht auch einmal richtig debattieren! - Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Dr. Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senator für Wirtschaft und Häfen - die Landwirtschaft ist auch Bestandteil der Wirtschaft - erkläre ich, dass wir den vorgelegten Antrag unterstützen werden. Wir werden hier der Aufforderung nachkommen, dass wir in den nächsten sechs Monaten ein Konzept vorlegen. Das ist eine sehr kurze Frist, aber wir haben gerade wieder das zuständige Referat gestärkt. Es geht stark um das Thema Verbraucherschutz, das wir ausgeweitet und aufgewertet haben.

Wir finden die Intention dieses Antrags richtig. Es ist auf der einen Seite auch richtig, von anderen Städten zu lernen. Die Biostadt München ist ein positives Beispiel. Auf der anderen Seite - und das hat auch die Abgeordnete Frau Dr. Mathes deutlich gesagt - wollen wir uns auch auf unsere eigenen Stärken besinnen. Bremen ist hier nicht so schwach und kann sich durchaus zeigen. Wir haben diese Marke „Weserklasse“. Dort zeigt sich, dass es sowohl um Bio als auch um die Frage geht, dass man regionale Produkte stärkt, die regionale Wirtschaft unterstützt, dass man kurze Transportwege unterstützt und dies fördert. Dies kommt sowohl der Wirtschaft als auch den Verbrauchern zugute.

Insofern werden wir diesen Antrag ausführen und in den nächsten Monaten ein solches Konzept erarbeiten. Ob man dies dann unbedingt Biostadt Bremen nennen muss oder ob wir nicht darüber nachdenken können, dass wir ein eigenes Label mit unseren eigenen Stärken haben, dazu will ich jetzt keine Vorgaben machen, dafür haben wir unsere Marketingexperten. Manchmal habe ich bei dem Thema „Biostadt München“ auch ein bisschen den Eindruck, sie sind geschickt, sich überregional zu vermarkten, auch das ist ganz wichtig. Wir aber sollten sehen, was unsere eigenen Stärken sind, und ich glaube, da fallen uns schon ganz gute Ideen ein. Insofern fände ich es wichtig, in ein solches Konzept ein eigenes Label und eigene Stärken sehr stark einzubringen.

Zum anderen würden wir auch gern in ein solches Konzept die Aspekte Agrarwirtschaft, Tourismus und Gastronomie einbringen. Es ist richtig, und ich höre sehr gern, dass die Abgeordnete Frau Dr. Mathes und wahrscheinlich auch andere der Koa-

litionsfraktionen sagen, dieses Ganze soll kostenneutral sein. Man kann dies auch kostenneutral durchführen. Ich glaube, worauf es dabei ankommt, ist nicht, dass wir als Staat hier Vorgaben machen, sondern dass wir Netzwerke unterstützen und fördern, dass wir zur Aufklärung beitragen. Unsere Aufgabe ist, diese Netzwerke zu stärken, dazu fallen uns Wege ein.

Zum Sponsoring würde ich gern sagen, ich glaube, dass wir gar nicht umhinkommen, dem in Zukunft eine stärkere Bedeutung beizumessen. Wir brauchen und wollen auch als Staat, als Landesregierung, mehr private Initiative fördern. Dann finde ich es allerdings auch gerechtfertigt, dass private Sponsoren mit ihren Produkten Werbung machen dürfen. Das ist nun einmal das Thema von Sponsoring. Wir haben natürlich nichts dagegen, wenn es auch Spender gibt, die ganz selbstlos spenden; wahrscheinlich ist das in München vielfach auch der Fall.

(Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen]:
Es ist eine Image- und keine Produktwerbung!)

Ja, ich weiß! Ich wollte auch nur hier meine Meinung dazu sagen, dass es auch möglich sein muss, dass eine ökologische Wirtschaft als Sponsor auftritt und auch mit ihren Produkten Werbung macht. Daran werden wir, wenn wir Sponsoring ernsthaft wollen, letztlich gar nicht vorbeikommen! Wir haben auch starke Institutionen, gerade in dieser Stadt, wie die Verbraucherzentrale, die wir als sehr wichtigen Partner in einem solchen Konzept empfinden, die auch kritisch überprüfen kann, was der Inhalt von Bioprodukten ist. Ich glaube, da können wir uns stark genug fühlen, dass wir sowohl als staatliche Verwaltung, als Gesundheitsschutz, wie aber auch mit den Institutionen, mit den Verbraucherzentralen da tätig werden.

Insofern unterstützen wir dieses Konzept. Wir würden es gern noch erweitern in Richtung Agrarwirtschaft, Tourismus und Gastronomie. Es geht dann darum, dass wir nicht nur in sechs Monaten ein Konzept haben, das auf dem Papier steht, sondern dass wir uns Gedanken machen, wie wir ein solches Konzept umsetzen können, welche Ideen wir haben, dass es auch langfristig ein tragfähiges Konzept ist. Das braucht einen langen Atem, das ist nicht in wenigen Monaten zu machen. Das braucht engagierte Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Wir können dann auch sehen, ob ein Finanzkonzept durch Projekte, wie es auch München macht, mit EU-Mitteln und anderen Zuwendungen gerade in der Anfangsphase unterstützt werden kann. Insofern sichere ich hier zu, wir werden ein solches Konzept erstellen, und ich

freue mich dann auf eine engagierte Diskussion darüber. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 17/326 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen FDP)

Stimmenthaltungen?

(DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 22
vom 19. Mai 2009
(Drucksache 17/328 S)**

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt.

Zuerst lasse ich über die Petition S 17/131 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petition in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(DIE LINKE)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Jetzt lasse ich über die restlichen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Bau und Verkehr

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Umwelt und Energie

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Wirtschaft und Häfen

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Schulschwänzer auch in Bremen stärker kontrollieren

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. Mai 2009
(Drucksache 17/329 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zur letzten Sitzung der Bildungsdeputation hat die Bildungsbehörde auf Anfrage eines Abgeordneten einen aktuellen Bericht zum Thema „Schulvermeidung spürbar senken“ abgegeben. Dieser Bericht hat für erhebliche Berichterstattung in den Bremer und Bremerhavener Medien gesorgt. Aus diesem Bericht geht hervor, dass Bremerhaven deutlich häufiger Ordnungswidrigkeitsverfahren bei Schulverweigerung und Schulvermeidung anstrengt als Bremen und sogar fast die absoluten Zahlen Bremens erreicht, obwohl Bremerhaven, wie wir wissen, ein paar Nummern kleiner ist als die Stadt Bremen.

Wir haben in Bremen seit vielen Jahren ein Konzept der Schulvermeidungs- und Präventionsausschüsse, SCHUPS. Im Juni 2002 haben diese auf Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem Senator für Bildung und Wissenschaft, wie das Ressort seinerzeit hieß, dem Senator für Inneres, Kultur und Sport, dem Senator für Justiz und Verfassung und dem Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales angefangen zu arbeiten. Dieses Konzept ist in den letzten Jahren in Bremen weiterentwickelt worden. Wir hatten auch in den letzten Jahren mehrfach über Schulverweigerung und Schulvermeidung debattiert.

Trotzdem stellt sich die Frage, warum Bremerhaven deutlich konsequenter bei der Ahndung von Schulverweigerung und Schulvermeidung ist. Wir haben dann diesen Bericht zur Kenntnis genommen und Ihnen heute diesen Antrag in der Stadtbürgerschaft vorgelegt. Ich glaube, dass es richtig ist, bei aller notwendigen Prävention auch deutlich zu machen, wenn Prävention nichts bringt, dass dann auch mit einem entsprechenden Ordnungswidrigkeitsverfahren klargemacht wird: Schulverweigerung und Schulvermeidung sind kein Spaß! Man hat in Deutschland und in Bremen die Schulpflicht, und diese einzuhalten ist auch Aufgabe der Eltern. Wenn sich die Eltern nicht darum kümmern, muss man dann auch eine Ahndungsmaßnahme haben. Darum ist es richtig, dass Bremerhaven das so konsequent angeht, und es wäre schön, wenn das in Bremen auch der Fall wäre.

(Beifall bei der CDU)

Vor einem Jahr, im April 2008, hat die CDU-Fraktion eine Kleine Anfrage an den Senat gerich-

*) Vom Redner nicht überprüft.

tet, „Erfüllung der Schulpflicht einfordern, Bremisches Schulgesetz anwenden“, wo wir auch schon einmal nachgefragt haben, wir haben seinerzeit die Zahlen seit 2002/2003 addiert bekommen. Schulpflichtverletzungen sollen durch die Schulen gemeldet werden, in schweren Fällen sollen von der Bildungsbehörde Fälle von Verletzung der Schulpflicht der Staatsanwaltschaft gemeldet werden. Der seinerzeitige Staatsrat für Justiz, Herr Mäurer, hat selbst in einer Pressemitteilung im Oktober 2003 darauf hingewiesen, dass sich Eltern von Schulschwänzern strafbar machen können. Schulschwänzen, so Herr Mäurer seinerzeit, sei kein Kavaliersdelikt. Eltern, die ihre Kinder nicht in die Schule schicken oder wider besseres Wissen dulden, dass sie nicht in die Schule gehen, verletzen ihre Fürsorge- und Erziehungspflicht. Unter Bezugnahme auf Paragraph 171 des Strafgesetzbuches hat er dies entsprechend belegt. Er habe, so der Staatsrat seinerzeit, die Staatsanwaltschaft gebeten, die Verfolgung schwerwiegender Fälle zu intensivieren.

Wir wissen nur, meine Damen und Herren, dass die Justizbehörde im Bereich der Staatsanwälte Stellen abgebaut hat, und das ist eine entsprechende Heuchelei des seinerzeitigen Justizstaatsrats und heutigen Innensenators! Man kann nicht auf der einen Seite Pressemitteilungen schreiben und auf der anderen Seite in der Behörde nicht für die entsprechende Personalausstattung sorgen. Das hat etwas Pharisäerhaftes.

Wir fordern, dass die Ressorts, die seinerzeit die SCHUPS-Vereinbarung unterschrieben haben, konsequent in allen Bereichen dafür sorgen, dass diese auch umgesetzt wird, dass in schweren Fällen Schulleitungen entsprechende Fälle weitergeben, dass dann auch die Justiz eine entsprechende Ausstattung hat. Am besten wäre es, wenn es gar nicht mehr so viele Fälle geben müsste, wie es heute gibt. Es gibt minimale Erfolge in der präventiven Arbeit, die absoluten Zahlen der Fälle haben in der Stadt Bremen um 50 abgenommen. Nur, meine Damen und Herren, wir bewegen uns hier auf verdammt hohem Niveau in Bremen und Bremerhaven, darum ist es aber richtig und wichtig, dass wir uns weiter um Schulverweigerung und Schulvermeidung kümmern. Ich hoffe, dass Sie unserem Antrag somit folgen mögen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Güngör.

Abg. **Güngör** (SPD)*: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuerst möchte ich kurz betonen, dass ich mir diese Debatte im Landtag gewünscht hätte, denn, Herr Rohmeyer, wenn es darum geht, unterschiedliche Verfahrensweisen und unterschiedliche Zahlen mit Bremerhaven zu vergleichen und daraus eventuelle Schlüsse zu ziehen,

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Wir reden hier über die Stadt Bremen!)

gehört es meines Erachtens in den Landtag, insbesondere wenn Sie sich auf eine Vorlage der Deputation für Bildung beziehen, die eine staatliche war und keine städtische.

(Beifall bei der SPD)

Nun gut! Wenn man die Überschrift Ihres Antrags liest, wird der Grundtenor ja eigentlich deutlich: stärker kontrollieren, egal, was es bringt! Ziel ist es doch, Schulvermeider zu reduzieren und zu erreichen, dass die Schülerinnen und Schüler in die Schule kommen.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Was habe ich denn eben in meinem letzten Satz gesagt? Haben Sie mir nicht zugehört?)

Erst das letzte Mittel sollte die Einleitung eines Bußgeldverfahrens sein, und Sie hängen alles an der Thematik Bußgeldverfahren auf. Vielmehr sollte uns daran gelegen sein, dass es gar nicht erst zu diesem letzten Schritt kommt. Dafür gibt es zum Beispiel das Projekt „Schulvermeidung spürbar senken“. Hier wenden sich die Schulen in erster Linie an die Eltern oder an das Amt für Soziale Dienste und suchen Hilfe und Kontakt zu den betroffenen Familien. In anderen Fällen wird auch das Zentrum für schülerbezogene Beratung eingeschaltet, um gemeinsam mit den Eltern eine Lösung zu suchen. Meist wissen die Eltern am Anfang gar nicht, dass die Kinder die Schule geschwänzt haben. Erst als letztes Mittel, also erst dann, wenn diese Maßnahmen ins Leere gelaufen sind und die Beteiligten - insbesondere die Eltern - nicht kooperativ sind, ist ein Bußgeldbescheid zu erlassen. In den meisten Fällen reicht es aus, wenn ein Bußgeldverfahren angedroht wird, so dass dann die Schülerinnen und Schüler in die Schule zurückkommen.

Deshalb sollte es für uns jedoch wichtiger sein, mögliche Früherkennungszeichen für den Beginn eines Schulvermeidungsverhaltens und die Sym-

*) Vom Redner nicht überprüft.

ptome für eine Schulverweigererkarriere frühzeitig zu erkennen und dann die Schülerin oder den Schüler von der Notwendigkeit eines regelmäßigen Schulbesuchs zu überzeugen. Dafür gibt es auch einen Handlungsleitfaden für die Lehrerinnen und Lehrer. Wichtig ist auch, die Hintergründe für das Fernbleiben zu ergründen und zu bearbeiten.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

In jedem Fall muss aber geprüft werden, was der Anlass für das Verhalten ist. Es muss auf die Einzelperson eingegangen werden und insbesondere auch auf die Notwendigkeit eines gefährdeten Schulabschlusses hingewiesen werden. Diese Arbeit leistet zum Beispiel das Zentrum für schülerbezogene Beratung. Es gibt also in Bremen genügend Maßnahmen, um sich intensiv mit dem Problem der Schulverweigerung zu befassen. Dies resultiert insbesondere aus der Zeit der Großen Koalition, die in der Bildungspolitik schon damals einen Schwerpunkt auf dieses Thema gelegt hat. Schulvermeidung zu reduzieren ist und bleibt ein zentrales Anliegen für uns!

(Beifall bei der SPD)

Bei den Ferienverlängerungen gilt meines Wissens auch ein direktes Bußgeldverfahren, das ist auch in Ordnung so, daran sollten wir nichts verändern, aber warum es zu solch unterschiedlichen Zahlen im Hinblick auf die Bußgeldverfahren kommt, lässt sich aus der Vorlage, die in der Deputation für Bildung unter „Verschiedenes“ schriftlich beantwortet wurde, überhaupt nicht erschließen. Die Zahlen in Bremen sind rückläufig, das haben Sie gesagt, aber man muss doch einfach einmal die Gründe für diese Zahlen erschließen und keinen Schnellschuss starten, indem man sagt, Bremen müsse konsequenter vorgehen, koste es, was es wolle. Das Verfahren in Bremen, das ich eben kurz versucht habe zu skizzieren, mit dem primären Ziel, Schulverweider wieder in die Schule zu bekommen, die Ursachen zu bearbeiten und erst als letztes Mittel bei nicht kooperativen Eltern Bußgelder zu erlassen, halten wir für richtig.

Deshalb bieten wir Ihnen gern an - ich denke, das ist auch der richtige Weg -, in der Deputation für Bildung die möglicherweise unterschiedlichen Verfahren auch aus Sicht der Bremerhavener zu erörtern und zu schauen, wo es in Bremen und Bremerhaven Verbesserungsbedarf gibt,

(Beifall bei der SPD)

aber so einem Schnellschussantrag werden wir nicht zustimmen! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Fecker.

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Rohmeyer, ich bin Ihnen dankbar für diesen Antrag, denn er macht ziemlich deutlich, dass es in vielen Fragen der Bildungspolitik immer noch grundlegende Unterschiede zwischen Ihnen und uns gibt, und das beruhigt mich in vielfältiger Weise.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie wollen Sanktionen, Sanktionen und noch einmal Sanktionen! Sie fragen nicht nach Hintergründen, Sie fragen nicht nach Problemen, und Sie fragen auch nicht nach der Realisierbarkeit. Sie suggerieren - und das finde ich ganz verwerflich -, dass Bremen das Fernbleiben in der Schule einfach so akzeptiert. Dem ist nicht so! Ich finde es richtig, dass in Bremen zuerst einmal nachgefragt und nachgehakt wird. Wozu geht Bremen denn den Weg der sogenannten Werkschulen? Weil wir gerade diese Klientel wieder in die Schule bringen wollen. Ich glaube, der eingeschlagene Weg ist der absolut richtige, Bußgelder in dieser Form bringen uns allein nicht weiter.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich weiß, dass Sie gleich noch einmal nach vorn kommen. Ich möchte ganz deutlich sagen, Herr Rohmeyer, dass Sie hier nicht als Nächstes den Eindruck erwecken werden, dass die Grünen dafür sind, dass Schülerinnen und Schüler der Schule fernbleiben, das definitiv nicht, aber ich glaube, wir müssen einfach auch lernen, dass Gesellschaft und Schule wieder dahin müssen, Schülerinnen und Schüler mitzunehmen, das geht nicht einfach immer so. Wir haben in dieser Stadt vielfältige Probleme, die man nicht einfach so ausblenden darf. Ich frage auch ganz deutlich: Was bringen uns Schülerinnen und Schüler, die wir zwangsweise vorführen? Ich glaube auch, da muss man sich der Realität stellen. Die Idee, die dahintersteckt, ist richtig, nämlich Eltern in die

* Vom Redner nicht überprüft.

Pflicht zu nehmen und ihnen zu sagen, ihr habt einen Erziehungsauftrag, ihr habt einen Auftrag, dass eure Kinder in die Schule gehen! Besuche, direkte Ansprachen, all diese Dinge sind aber wesentlich sinnvoller, als ihnen einen Bußgeldbescheid ins Haus zu schicken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

An dieser Stelle muss man auch erwähnen, welche Arbeit die Lehrerinnen und Lehrer an den bremischen Schulen leisten, denen nämlich die Schülerinnen und Schüler, die dem Unterricht fernbleiben, nicht egal sind, die sich nachmittags in der unterrichtsfreien Zeit auf den Weg machen, Schülerinnen, Schüler und Eltern besuchen und versuchen, dieses Problem wieder in das Bewusstsein zu rücken, damit die Kinder zukünftig wieder am Unterricht teilnehmen. An dieser Stelle ist ein dickes Lob für das Engagement der Lehrkräfte ganz dringend notwendig!

Bei Bußgeldern reden wir von den hartnäckigen Fällen. Hier müssen wir uns ehrlich fragen, ob das nicht auch die Fälle sind, in denen Eltern nicht auch mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind. Blenden Sie da nicht die Realitäten aus, die wir in dieser Stadt haben, oder ignorieren Sie wie immer die soziale Lage in dieser Stadt? In dieser Frage hat das Bildungsressort und haben die vielen engagierten Lehrkräfte die grüne Bürgerchaftsfraktion absolut an ihrer Seite mit dem Vorgehen, nicht gleich Bußgelder zu verhängen, sondern die Probleme zu erfragen, mit den Schülerinnen und Schülern Gespräche zu suchen und sie zu motivieren, wieder in den Unterricht zu kommen. Das ist aus unserer Sicht der richtige Weg. - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Beilken.

Abg. **Beilken** (DIE LINKE)*: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag müsste, wenn man ihn genau liest, eigentlich nicht heißen „stärker kontrollieren“ - an sich schon merkwürdig genug -, sondern er müsste eigentlich heißen „häufiger bestrafen“, wenn man es so sieht.

(Beifall bei der LINKEN)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Das ist offenkundig schon beim ersten Hinsehen nicht up to date; meine letzten Vorredner haben schon aufgeführt, wo eigentlich die Akzente liegen müssen. Selbstverständlich muss es Hinweise auf die gültige Rechtslage geben, letztlich sind Bußgelder kein Tabu, aber die Entwicklung muss selbstverständlich mehr in Richtung persönliche Unterstützung und Beratung gehen. Nicht mehr Repression ist die Antwort auf die wachsenden Probleme, sondern mehr persönliche Unterstützung, weil wir hier schließlich ein zivilisiertes Bundesland Bremen erhalten und weiter ausbauen wollen und nicht eines mit zunehmender Repression, um nicht ein Bundesland des Rückschritts zu werden.

Wir brauchen eine primäre Prävention, das heißt, die Schülerinnen und Schüler brauchen das, was ihnen zusteht. Das sind zum Beispiel genügend Lehrer, damit gar nicht erst Gefährdungssituationen entstehen. Dafür stehen wir ein, dafür werden wir auch in den Haushaltsberatungen wieder einstehen. Wenn es um Gefährdung geht, brauchen wir aber auch mehr Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, auch das haben wir in den letzten Haushaltsberatungen gefordert, und Sie haben es alle miteinander abgelehnt.

Natürlich ist die Repression in allen Ländern der Welt, wenn der Mangel und die Probleme zunehmen, ein möglicher Weg. Wir möchten davor warnen und hoffen, dass möglichst viele mitgehen, diesen Weg von mehr Repression - in welcher Form auch immer - hier in Bremen unbedingt zu vermeiden und eine Prävention im Sinne einer vernünftigen und angemessenen Versorgung zu leisten, damit die Schülerinnen und Schüler und die Menschen überhaupt bekommen, was ihnen zusteht und bei Problemen das Miteinanderreden, das Aufsuchen, das Beraten, das Unterstützen, wie es eben durch Sozialpädagogen und Sozialarbeiter getan wird, gestärkt wird. Der Bedarf in dieser Richtung, muss man leider sagen, wird wohl noch wachsen. Wir müssen uns dem stellen und dafür die nötigen Mittel bereitstellen und nie mehr in Richtung Repression abrutschen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass diese Debatte eigent-

lich eher ein Stochern im Nebel nach Ursachen und Gründen ist, als dass sie der Sachaufklärung und der Lösung des Problems dient.

(Beifall bei der FDP)

Es ist in der Tat so - und das werden wir ja morgen in den Debatten auch hören, wenn es um das Schulgesetz geht -, dass wir über die Qualität von Schule reden und prüfen müssen, wie sie verbessert werden kann. Da gibt es viele Punkte, in denen sich die Fraktionen einig sind, es gibt viele Punkte, bei denen Unterschiede bestehen, dann wird man das sehen.

In der Tat ist es wichtig, dass die Qualität von Schule stimmt, damit Schüler sie attraktiv finden und Schülerinnen und Schüler gern hingehen und Spaß und Freude am Unterricht haben, doch das, was man immer fordert, gleich hier mit einzuweben, Herr Beilken, wie Sie es eben getan haben, passt auch nicht. Auch ich finde, dass wir mehr unterrichtendes Personal, mehr Pädagogen an Schulen brauchen können, ohne Frage, aber manche Schüler bleiben auch wegen der Lehrer und wegen der Pädagogen weg, das ist dann auch zu einfach argumentiert.

(Beifall bei der FDP)

Ich bleibe also dabei: Wir argumentieren hier alle ein wenig ohne das entsprechende Faktenwissen und sagen dann die Dinge, die wir gut finden, wie Werkschulen, die Tätigkeit des Zentrums für schülerbezogene Maßnahmen, legen Bekenntnisse ab. Auch wir als FDP bekennen uns zur Schulpflicht und sind der Meinung, dass es am Ende eine Ordnungswidrigkeit ist, wenn man nicht zur Schule geht, aber die Frage ist doch, was sinnvollerweise getan werden kann und was nachhaltig wirkt, damit Kinder und jugendliche Schülerinnen und Schüler wieder zur Schule gehen und den Wert, den Schule darstellt, zu schätzen wissen. Das ist ja kein Selbstzweck und keine Kinderaufbewahranstalt. Es ist ein Wert, weil dort Wissen vermittelt wird, Chancen gegeben werden und die Kinder gestärkt in ihre Zukunft gehen können. Deswegen hat Schule einen Wert, und deswegen wollen wir auch, dass die Schulpflicht von den Kindern erfüllt wird, gleichzeitig müssen wir dann doch auch schauen, auf welchem Weg dies am besten erreicht wird.

Ich denke, wir müssen noch mehr diskutieren. Es reicht mir auch nicht, dass irgendwann ein Bericht in der Stadtbürgerschaft gegeben wird, dieser Bericht könnte auch gut und gern in der Deputation für Bildung gegeben werden. Ich denke, wir sollten weiter in der Deputation darüber reden; deswegen beantragen wir, dass der Antrag in die Bil-

dingsdeputation überwiesen wird, damit dort noch einmal fachlich gut darüber beraten wird. Ansonsten werden wir uns hierzu enthalten. Eines ist aber wichtig: Unser aller Ziel sollte sein, dass kein Kind verloren gehen darf. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Rot-Rot-Grün versucht ja hier, aus einem Teilaspekt einer Gesamtdebatte eine grundlegende Debatte zu machen, während ich sehr deutlich für die CDU-Fraktion ausgeführt habe, dass es uns in diesem Antrag um einen Teilaspekt der Repression im Kampf gegen Schulverweigerung und Schulvermeidung geht. Ich habe sehr ausführlich etwas über Schutz gesagt, ich habe etwas zur Rolle der Lehrkräfte und der Schulleitungen gesagt, ich habe etwas über das Zusammenwirken der verschiedenen Ressorts gesagt, und Sie tun so, als ob wir uns nur auf Repression konzentrieren würden. Das ist etwas sehr billig, Herr Güngör und Herr Fecker und Herr Beilken!

(Beifall bei der CDU)

Als Methusalem der Bildungsdeputation sage ich es jetzt einmal so: Ich habe diesen SCHUPS-Prozess von Anfang an begleitet. CDU-Innensenatoren haben diesen Entwicklungsprozess intensiv vorgebracht, und zwar Kuno Böse und Thomas Röwekamp, wenn ich das noch einmal namentlich festhalten darf, ohne sie gäbe es das nämlich so nicht. Uns zu unterstellen, wir würden uns am Ende nur auf dies konzentrieren, geht so nicht!

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte ganz deutlich sagen, es gibt bei der ganzen Prävention in Bremen einen erheblichen Unterschied zu Bremerhaven. In Bremen steht am Ende eben nicht nur die Frage eines erhobenen Zeigefingers, sondern hier in Bremen verzichtet man im Verhältnis zu Bremerhaven in deutlich mehr Fällen darauf, ein Ordnungswidrigkeitsverfahren einzuleiten. Da stimmt etwas mit den Zahlen nicht, denn auch in Bremerhaven wird Prävention gemacht. Wir müssen uns am Ende fragen, warum in Bremen weniger Fälle eingeleitet werden.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Das hat auch etwas mit Abschreckung zu tun, Frau Senatorin, und darum haben wir es hier mit einem stadtbremischen Thema zu tun, weshalb wir diesen Antrag hier in die Stadtbürgerschaft eingebracht haben.

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Busch [SPD]:
Sie wollen Abschreckung?)

Natürlich wollen wir Abschreckung, Frau Busch!

(Beifall bei der CDU)

Ich gebe Ihnen den guten Tipp, einmal mit Ihren Innenpolitikern oder vielleicht besser mit unseren Innenpolitikern, weil die ein bisschen mehr Ahnung haben, darüber zu sprechen. Schulverweigerung ist in der Regel der Einstieg in eine Karriere, die leider dann bei vielen Intensivtätern nachzuvollziehen ist, meine Damen und Herren. Hier müssen wir sehr früh ansetzen, das will ich sehr deutlich sagen,

(Beifall bei der CDU)

und Ihre Verharmlosung bringt hier überhaupt nichts weiter, darum wollen wir, dass hier ein starkes Signal von diesem Antrag ausgeht. Ich habe den Eindruck, dass in Bremerhaven am Ende eines solchen Präventionsprozesses auch mehr Wert auf die Repression gelegt wird. Ich habe nicht ohne Grund die seinerzeitige Äußerung von Herrn Mäurer zitiert. Ich hätte mich auch gefreut, wenn Herr Mäurer heute hier gewesen wäre, aber anscheinend nimmt er das Thema auch nicht mehr ganz so ernst und wichtig, auch das Justiz- und Innenressort fehlt hier gänzlich, meine Damen und Herren!

(Abg. Frau Busch [SPD]: Noch solch eine
Debatte, und er ist Innensenator!)

Es ist nicht allein Aufgabe der Bildungssenatorin, das will ich auch ganz deutlich hier in diesem Prozess sagen, die Debatte und den Prozess zu bestehen. Wir können uns mit dem Antrag der FDP anfreunden. Ich glaube, Sie werden das nicht tun. Sie können sich aber ganz sicher sein, meine Damen und Herren von Rot-Rot-Grün, dass wir an diesem Thema dranbleiben und Sie mit Ihrer Verharmlosung hier nicht alleinlassen werden. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Busch [SPD]:
Was sagten Sie eben? - Abg. Rohmeyer [CDU]:
Rot-Rot-Grün!)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Rohmeyer, Sie können auch ganz sicher sein, dass wir an diesem Thema dranbleiben, weil es uns auch wichtig ist!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich wundere mich nur, dass da so ein Aufriss gemacht wird, denn ich habe tatsächlich gedacht, Sie hätten diesen Handlungsleitfaden in der Tat mitzuverantworten, der für die Stadtgemeinde Bremen gilt. Den hat Willi Lemke unterschrieben, und da gibt es ein stufiges Verfahren, das dort benannt ist. Phase eins, Präventivoffenlegung: Auffälligkeiten darlegen, mit den Schülern reden; Phase zwei, Reaktionssteigerung: Schulleitung wird eingeschaltet, alles noch schulisches, aber auch schon mit Weitermeldungen, Sanktionsaufgaben, soziale Aufgaben verteilen und ähnliche Dinge - ich dachte, das war alles mit Ihnen abgestimmt -; Phase drei, Einschaltung der Fachdienste mit der schülerbezogenen Beratung, also dann der Interventionsteil. Wenn das nach Ihrer Auffassung nicht mehr der richtige Weg ist, dann müssen wir das in der Tat besprechen.

Ich habe nachfragen lassen, als wir diese Anfrage in der Deputation hatten, und mir konnte das Zentrum für schülerbezogene Beratung keine signifikanten Erklärungsansätze für diese unterschiedlichen Zahlen - da haben Sie ja recht, dass Sie die nachfragen, ich habe sie auch nachgefragt - abgeben. Wir können Vermutungen anstellen, das ist hier schon gesagt worden, es kann in der Mentalität der beiden Stadtgemeinden unterschiedlich sein, auch gewachsen. Daran muss man sicherlich arbeiten, es kann auch daran liegen, dass Bußgeldverfahren natürlich zweischneidig sind. Viele Lehrkräfte, Schulleitungen sagen, damit bestrafen wir Eltern, die eigentlich auch verzweifelt sind, dass ihr Kind nicht in die Schule geht, die sich bemühen. Es sind nicht alle so, das will ich nicht sagen, aber einige Eltern haben durchaus den Wunsch, dass ihre Kinder ganz normal in die Schule gehen, und bemühen sich auch, und die Kinder folgen dem leider nicht. Das soll es in Familien geben.

Außerdem werden natürlich auch Bußgeldverfahren bei sozial einkommensschwachen Eltern wieder eingestellt. Was sagen uns dann hohe Zahlen? Welche Wirkung entfalten sie eigentlich? Das ist noch einmal ein weiteres Thema. Ich finde, dass wir es in der Tat differenziert betrachten sollten, deswegen finde ich den Vorschlag von Herrn Güngör gut, dass wir das Ganze vertiefen, aber auch im Vergleich mit Bremerhaven.

Es gibt dann ein etwas abgewandeltes Verfahren in Bremerhaven. Dort ergeht die Meldung sogleich an die Schulleitung, und es gibt nicht dieses stufige Verfahren wie im Handlungsleitfaden, der offensichtlich aus großkoalitionären Zeiten stammt. Wenn Sie dann von der CDU anfangen, eine große Koalition zu Links zu bilden, indem Sie den Stellenabbau und die Anzahl von Lehrern hier beklagen, dass bei der Staatsanwaltschaft nun Personal abgebaut worden ist, dann können Sie sagen, Sie hatten da ein paar Finanzprobleme, Sie haben Lehrerstellen abgebaut, Sie haben Polizistenstellen abgebaut, und Sie haben vermutlich auch Personal in der Justiz abgebaut. Zum Glück machen wir das nicht alles so.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Frau Senatorin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rohmeyer?

Senatorin Jürgens-Pieper: Ja, bitte!

Präsident Weber: Bitte, Herr Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Senatorin, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich beklagte, dass innerhalb der Staatsanwaltschaft die Zuständigkeit für diesen Bereich abgebaut wurde?

Senatorin Jürgens-Pieper: Das habe ich so differenziert eben nicht gesagt. Das war etwas polemischer. Ich gebe das zu!

Präsident Weber: Frau Senatorin, sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen?

Senatorin Jürgens-Pieper: Ja, bitte!

Präsident Weber: Bitte, Herr Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Senatorin, können Sie mir sagen, welcher Partei die Senatoren für Justiz in den letzten zehn Jahren angehört haben?

Senatorin Jürgens-Pieper: Das ist Ihnen bekannt, Herr Rohmeyer. Sie haben sich Methusalem genannt, ich muss das nicht wiederholen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

An der Stelle wissen Sie wahrscheinlich besser Bescheid als ich.

Ich will nur damit sagen, um wieder zum Ernst der Sache zu kommen, wir müssen Prävention und

Intervention nicht auseinanderdividieren. Es ist beides richtig. Wir wollen Schulverweigerung vermeiden, und Sie haben völlig recht, es ist auch ein Einstieg in mögliches kriminelles Verhalten, das will ich hier gar nicht bestreiten, insofern ist es uns allen wichtig. Deshalb sollten wir uns dann auch in der Deputation vertieft darüber unterhalten, welche Erklärungsansätze denn vorhanden sind, vor allem im Vergleich zu Bremerhaven, und deshalb werde ich doch vorschlagen, es in der staatlichen Deputation zu behandeln. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Die Fraktion der FDP hat Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Bildung beantragt.

Wer der Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und
DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt die Überweisung ab.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 17/329 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und
DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

**Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss
der Stadtgemeinde Bremen**

Mitteilung des Senats vom 26. Mai 2009
(Drucksache 17/333 S)

Der Wahlvorschlag ist in der Mitteilung des Senats enthalten.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, damit sind wir an das Ende der heutigen Tagesordnung gekommen.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 15.54 Uhr)